

EXTRA BLATT

der Schweizerischen Volkspartei • www.svp.ch • Ausgabe Februar 2018



Bald 11-Millionen-Schweiz? 3

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern.



Rolle der Gewerkschaften? 5

Die Personenfreizügigkeit hat eine höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.



EU-Diktat? 7

Wenn es so weitergeht, können wir unser Stimmrecht schon bald nach Brüssel abgeben.



Zuwanderung begrenzen

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind netto fast eine Million Menschen in unser Land eingewandert. So wird die 10-Millionen-Schweiz bald Realität, mit dramatischen Folgen für unsere Gesellschaft und unser Land. Grund dafür ist ein weltfremder Vertrag mit der EU hinsichtlich der Personenfreizügigkeit, welcher über 500 Millionen EU-Bürgern ein Recht auf Einwanderung in unser Land gibt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen dies jetzt korrigieren, bevor es zu spät ist und unser Wohlstand leidet.

Mit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 ist die Einwanderung in die Schweiz komplett aus dem Ruder gelaufen. Sie entwickelt sich schon lange nicht mehr im Interesse der bereits hier lebenden Schweizer und Ausländer.

Kein Rechtsanspruch auf Einwanderung

Mit der Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung will die SVP die Zuwanderung deshalb wieder auf ein vernünftiges Mass begrenzen. Zudem

soll es in Zukunft nicht mehr erlaubt sein, anderen Ländern eine Personenfreizügigkeit und damit deren Bevölkerung einen Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz zu gewähren. Dafür muss der entsprechende Vertrag mit der EU neu verhandelt und im Notfall gekündigt werden.

Wohlstandsverlust droht

Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden wir unser Land bald nicht mehr wiedererkennen und unseren über Generationen erarbeiteten Wohl-

stand verlieren. Selbstverständlich sollen unsere Unternehmen aber auch in Zukunft die notwendigen Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren können, wenn sie diese denn wirklich brauchen und sich niemand im Inland finden lässt. Doch muss es wieder ein souveräner Entscheid der Schweiz sein, wie viel und welche Einwanderung sie zulässt. Dies ist eine Selbstverständlichkeit für eine unabhängige Nation und auch der Grund, weshalb die Briten entschieden haben, die EU zu verlassen.

Unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg

Nur so können wir in Zukunft sicherstellen, dass unsere Bevölkerung sowie jeder einzelne Bürger von einer massvollen Einwanderung auch effektiv wirtschaftlich profitieren und nicht derselbe Kuchen einfach unter immer mehr Personen aufgeteilt wird. Mit der Begrenzungsinitiative gibt es einen klaren Auftrag an den Bundesrat und eine deutliche Botschaft an die EU: Die schädliche und unkontrollierbare Personenfreizügigkeit muss weg.

Kommentar



Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Es ist Zeit, die Zuwanderung in unser Land endlich wieder selber zu steuern und auf ein vernünftiges Mass zu begrenzen. Der Vertrag mit der EU über die Personenfreizügigkeit gewährt weit über 500 Millionen EU-Bürgern einen Rechtsanspruch auf Einwanderung und Niederlassung.

Es gibt ausser der Schweiz kein unabhängiges Land auf der Welt, welches ein solches Abkommen mit fast einem ganzen Kontinent unterschrieben hat. Nach über zehn Jahren Massenzuwanderung ohne Wohlstandsgewinn für den Einzelnen sind wir heute an einem Punkt angelangt, an dem das Volk abschliessend entscheiden muss: Können wir diese enorme Einwanderung auch in Zukunft verkraften und bezahlen, oder müssen wir nicht vielmehr eine moderne, unseren Bedürfnissen angepasste Zuwanderungspolitik einführen?

Mit Spezialausgabe
Kanton Solothurn

Seite 12 - 15

Fortsetzung auf Seite 2

Kommentar

Fortsetzung von Seite 1

Erfolgreiche Nationen wie Kanada, Australien, Neuseeland, die USA oder seit dem Austritt aus der EU nun auch Grossbritannien kontrollieren und begrenzen ihre Zuwanderung eigenständig, und es käme ihnen nie in den Sinn, diese Kompetenz abzugeben.

Mit unserer Begrenzungs-Initiative wollen wir dem Bundesrat deshalb den Auftrag erteilen, die Personenfreizügigkeit mit der EU neu zu verhandeln und sicherzustellen, dass diese nie mehr vertraglich eingeführt werden kann. Damit der Bundesrat in seinen Verhandlungen der EU gegenüber genug Gewicht hat, braucht er den Beschluss des Souveräns im Rücken, diesen einzelnen Vertrag ansonsten kündigen zu müssen.

Mit Ihrer Unterschrift, liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, geben Sie dem Schweizer Volk die Möglichkeit, mit einer kontrollierten und massvollen Zuwanderung wieder zu den modernen und unabhängigen Nationen dieser Welt aufzuschliessen. Dies ist die letzte und einzige Möglichkeit, zu verhindern, dass die Bevölkerung unseres Landes bald die 10-Millionen-Grenze überschreitet und wir etwa in enorme finanzielle Probleme zur Finanzierung der Infrastruktur geraten oder das Bildungsniveau an unseren Schulen aufgrund des Ausländeranteils definitiv nicht mehr halten können.

Mit diesem Extrablatt will die SVP die Bevölkerung unseres Landes direkt, offen und ehrlich informieren. Wir bitten Sie, Verantwortung zu übernehmen, diese Initiative zu unterschreiben und damit unseren Kindern eine Zukunft in Wohlstand zu ermöglichen.

Albert Rösti

Albert Rösti,
Präsident SVP Schweiz

Fakt ist:

Die Schweiz hat mit 451.10 Franken pro Haushalt die höchsten Radio- und TV-Gebühren in ganz Europa. Die SRG erhält 90,6% des gesamten Gebührentopfs. Dis entspricht 1,24 Milliarden Franken.



Nationalrätin Céline Amaudruz,
Vizepräsidentin SVP Schweiz (GE)

Impressum

EXTRABLATT | EXTRABLATT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 134'263 | Herausgeber und Redaktion: SVP Schweiz, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | info@svp.ch | www.svp.ch Gestaltung und Grafiken: GOAL AG für Werbung und Public Relations | Bildquellen: iStockphoto, 123rf.com, KEYSTONE AG, admin.ch, parlament.ch, SVP Schweiz | Karikaturen: Lupo | Druckerei: DZZ Druckzentrum Zürich AG.

Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um eine politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen verteilt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit!

Direkte Demokratie ist eine Errungenschaft, welche wir alle gemeinsam immer und immer wieder verteidigen müssen. In einer Zeit, wo stündlich, gar im Minutentakt, Meldungen aus aller Welt auf uns einwirken, ist es wichtig, dass wir unsere Werte und das, was die Schweiz stark gemacht hat, nicht aus den Augen verlieren. Dass Bürgerinnen und Bürger auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene abstimmen und zusätzlich die Parlamente und Regierungen wählen, ist keine Selbstverständlichkeit. Sicher aber ist, dass genau dieses System der direkten Demokratie der Schlüsselfaktor der Erfolgsgeschichte Schweiz darstellt.

Sicherheit und Verlässlichkeit

Für ein kleines, unabhängiges Land wie die Schweiz ist die Sicherheit der Menschen von zentraler Bedeutung. Letztes Jahr durfte ich als Nationalratspräsident – neben meiner Hauptaufgabe der Ratsleitung – an unzähligen Veranstaltungen, Begegnungen und verschiedensten Orten mit dabei sein. Die Vielseitigkeit der Menschen und der Regionen in der Schweiz hat mir eines sehr eindrücklich bestätigt: In der Schweiz funktioniert vieles gut. Generationen vor meiner eigenen haben vieles richtig gemacht und uns eine gute Ausgangslage geschaffen, um dieses Land in seiner Einzigartigkeit weiter voranzubringen. Ohne dass ich die Augen verschliesse vor dem, was nicht funktioniert, möchte ich Sie alle motivieren, sich auch Zeit zu nehmen, um darüber nachzudenken, warum die Schweiz funktioniert. Sicherheit, Verlässlichkeit, Dankbarkeit und Bescheidenheit sind ebenso wichtig wie der Erhalt und die Verteidigung der direkten Demokratie.

Direkte Demokratie gefährdet

Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab. Nicht zuletzt dank ihr haben wir wenige Arbeitslose, Wohlstand, tiefe Steuern, exzellente Ausbildungsstätten und inno-



Ein EU-Rahmenvertrag zerstört unsere direkte Demokratie und walzt den Willen der Bevölkerung zu Boden.

vative Unternehmen. Weil wir der EU diesen Erfolg der direkten Demokratie vor Augen führen, sind wir ihr ein Stachel im Fleisch. Kaum hat die Schweiz

«Die Schweiz hebt sich mit ihrer direkten Demokratie von den anderen Staaten ab.»

ein Zugeständnis an die EU gemacht, folgen weitere Forderungen aus Brüssel. Dort will man eine Schweiz, die der EU beiträgt oder mindestens EU-Recht auto-

matisch übernimmt. Teile unserer Regierung und unseres Parlaments unterstützen diese Bestrebungen tatkräftig. Dass damit die direkte Demokratie ausgehebelt wird, nehmen sie in Kauf.

Eigenverantwortung als Fundament

Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger stehen nicht im Rampenlicht; sie alle machen aber im Kollektiv unsere Schweiz aus! In dem sie tagtäglich eine gute Arbeit machen – nicht nur am Arbeitsplatz, sondern vor- und nachher in der Familie, im Quartier, in Vereinen

oder Verbänden, im Freundeskreis oder in der Gemeinde. Sehr oft werden diese Arbeit und dieser Einsatz zu Gunsten der Gemeinschaft ehrenamtlich geleistet. Und ebenso oft trifft man auf dieselben Menschen in verschiedenen Funktionen. Das ist gut so, denn diese Menschen haben verstanden, dass unsere Gesellschaft nicht von einzelnen Personen abhängig ist, sondern vom

«Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen ...»

Gemeinschaftssinn geprägt wird. Darum möchte ich all jenen Menschen in der Schweiz danke sagen, die sich uneigennützig und auch unaufgeregt in den Dienst der Gesellschaft und der Sache stellen – in Parteien, in Gemeinderäten, in Sport- und Musikvereinen, in den Kirchen, in verschiedensten Gruppen und Organisationen. Sie alle sind der Motor und Motivator der Gesellschaft. Voraussetzung auch dafür ist und bleibt die direkte Demokratie, eine funktionierende Wirtschaft und die Sicherheit.

Nationalrat Jürg Stahl,
Nationalratspräsident
2017, Brütten (ZH)



Medienvielfalt stärken – Demokratie beleben

Vor 35 Jahren starteten die ersten Lokalradios, seit bald 30 Jahren ist das Internet populär. Vor 14 Jahren wurde Facebook gegründet. Trotz dieses technologischen Wandels läuft unsere Medienpolitik in die Gegenrichtung: Statt mehr Wettbewerb zu ermöglichen, wird die SRG immer grösser. Dies ist fatal für die Medienvielfalt.

Die SRG ist im Bundeshaus zur «heiligen Kuh» geworden. Dass die 7 Fernseh- und 17 Radio-Sender, welche öffentlich finanziert sind, erhebliche Wettbewerbsverzerrungen provozieren, wird geflissentlich ausgeblendet. Dass die Marktdominanz der SRG etliche private Unternehmen behindert und so Arbeitsplätze verloren gehen, wird ebenso verschwiegen. Diese unehrliche Politik hat die SVP immer kritisiert, und sie hat sich für Medienvielfalt und Fairness eingesetzt.

Diskussionen werden abgeblockt

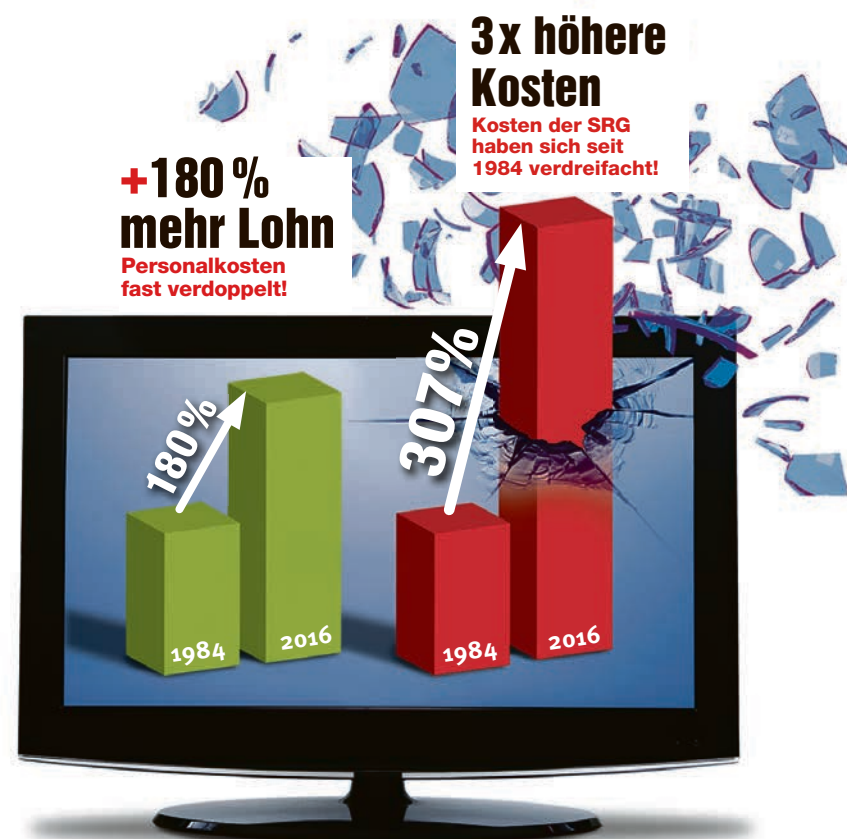
Seit Jahren verweigern Bundesrat und Parlamentsmehrheit die Diskussion über den «Service public». In seinem «Service public»-Bericht forderte der Bundesrat eine noch bessere Unterscheidbarkeit zwischen SRG und privaten Sendern: Die SRG solle sich mehr auf ihren Kernauftrag konzentrieren. Der Entwurf für eine neue SRG-Konzession tönt ganz anders: Die SRG soll sich neu auch offiziell um den Online-Bereich und die Unterhaltung kümmern. Werbemöglichkeiten sollen ausgebaut werden. Unterschiede zu privaten Sendern gibt es kaum mehr. Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.

Für einen zielgerichteten «Service public»

Die SVP unterstützt eine landesweite Grundversorgung im Medienbereich. Diese muss sich aber nach dem Subsidiaritätsprinzip richten. Das heisst: Programmangebote, welche Private bereitstellen, muss die SRG nicht noch einmal erfinden. Der «Service public» der SRG soll sich auf jene Bereiche konzentrieren, welche private Unternehmen nicht anbieten können oder anbieten wollen. Informationsangebote, schweizerische Kultur sowie Grossanlässe, die private Sender nicht stemmen können, soll die SRG realisieren – nicht aber Formate, welche die Privaten gerne übernehmen würden.

«Heute betreibt die SRG 108 Facebook-Accounts und 42 YouTube-Kanäle – eine bedenkliche Entwicklung.»

Die No-Billag-Initiative will diese Diskussion klären, indem sie auch die SRG privatisieren will. Ein Schritt der weit geht – aber vielleicht heilsam ist. Nachdem der Bundesrat stur am Status quo festhalten will, stimme ich am 4. März Ja. Lieber die totale Privatisierung als Staatsmedien ohne Ende – für die Demokratie wäre dies fatal.



Während sich das SRG-Budget mehr als verdreifacht hat, bleibt immer weniger im Portemonnaie des Bürgers. Ab 2019 werden auch alle Gewerbebetriebe happe Beiträge für den SRG-Staatssender bezahlen.

Nationalrat Gregor Rutz,
Unternehmer, Zürich



Bald 11-Millionen-Schweiz?

Ohne Kontrolle und Begrenzung erstickt die Schweiz an zu vielen Einwohnern. Die vorausgesagten 10 oder 11 Millionen Einwohner wären für unser Land unerträglich.



8,5 Mio.
Ende 2017



11 Mio.
2040?



Nationalrat Thomas Matter, Unternehmer, Meilen (ZH)

Die Schweiz hat heute 8,5 Millionen Einwohner. Vor zweihundert Jahren waren es noch 1,7 Millionen, im Jahr 1900 3,2 Millionen und ums Jahr 2000 7,2 Millionen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen. Der Ausländeranteil beträgt mittlerweile über 25 Prozent. Dies trotz Einbürgerungen von jährlichen durchschnittlich 40 000 Personen. Das Bundesamt für Statistik berechnet für das Jahr 2035 die runde Zahl von 10 Millionen Einwohnern. Die Denkfabrik Avenir Suisse findet es «ratsam, sich mit der Zukunft einer 10- oder gar 11-Millionen-Schweiz zu beschäftigen». Dazu habe ich – offen gestanden – überhaupt keine Lust. Ich werde im Gegenteil dafür kämpfen, dass wir nicht total überrannt werden. Damit wir nicht eines Tages als Fremde im eigenen Land erwachen.

«Seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ist die Bevölkerung um 17 Prozent gewachsen.»

Es wird eng in der Schweiz

Zum Vergleich: Heute hat die Schweiz annähernd gleich viele Einwohner wie unser östliches Nachbarland, die Republik Österreich. Nur verfügt Österreich über mehr als die doppelte Fläche unseres Landes, und obwohl es auch dort Alpen gibt, ist ein beträchtlich grösserer Teil seiner Fläche bewohnbar. In der Schweiz leben wir schon heute eng aufeinander. Die Natur wird weniger, in der wir uns in der Freizeit erholen können. Zu viele Einwohner bedeuten weniger Lebensqualität. Die anhaltende Massenzuwanderung überfordert uns.

Abwanderung wäre sinnvoll

Sinnvoll und vernünftig wäre keine jährliche Zunahme der Einwanderung, sondern auch einmal eine grössere Abwanderung. Dann hätten wir alle wieder mehr Platz.

Wenn wir weniger würden, gäbe es weniger Stau auf den Strassen und weniger überfüllte Züge. Wir fänden sogar in den Städten wieder Parkplätze und müssten weniger lang Schlange stehen, sei

es vor dem Kino, im Swisscom-Shop oder im Einkaufscenter. Schweizerinnen und Schweizer über 50 und Berufseinsteiger müssten nicht mehr um ihren Arbeitsplatz bangen. Plötzlich hätten wir weniger, dafür besser geförderte Kinder pro Schulkasse.

Jetzt handeln

Wenn wir unser Land mit 10 oder 11 Millionen Einwohnern zube-tonieren, zerstören wir unsere Lebensgrundlage. Denn die Schweiz zeichnet sich aus durch eine einmalige Landschaft. Sie wird zu Recht weltweit bewundert und bereist von Touristen, die zu uns kommen – aber auch wieder gehen. Entscheidend für den Wohlstand sind die Produktivität und das Wirtschaftswachstum pro Kopf. Und gerade hier hapert es gewaltig, seit wir mit der Europäischen Union das Abkommen zur Personenfreizügigkeit abgeschlossen haben. Und seit jährlich Zehntausende von Schein-flüchtligen aus Afrika und dem Osten unser Asylwesen der Lächerlichkeit preisgeben. Es ist höchste Zeit. Nehmen wir unser Land wieder in Besitz!



Nationalrat Thomas de Courten, Unternehmer, Rütenberg (BL)

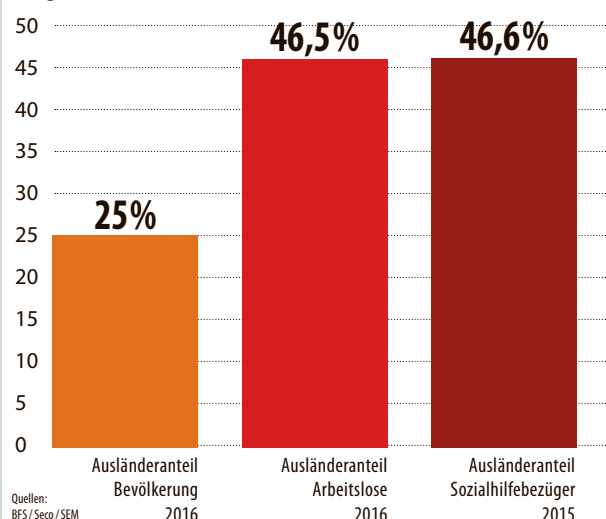
Noch nie war der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung in der Schweiz so hoch wie heute. Mit 25 Prozent hat die Schweiz einen doppelt so hohen Ausländeranteil wie die übrigen Staaten Europas – mit Ausnahme des Mikrostaats Luxemburg. Obwohl die ungebremste Zuwanderung stark negative Folgen hat, wird die Personenfreizügigkeit von der wirtschaftlichen und politischen Elite weiterhin als heilige Kuh betrachtet!

Ein Blick in die Statistiken offenbart die Probleme, die uns die Zuwanderung beschert. Der Zustrom stellt vor allem unser Sozialsystem vor immense Belastungsproben.

Der Anteil der Ausländer in unseren Sozialwerken liegt weit über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung – obwohl doch gemäss den Verfechtern der Personenfreizügigkeit angeblich nur hochqualifizierte Personen mit einer Arbeitsstelle in unser Land kommen.

In Wirklichkeit wird die Personenfreizügigkeit seit ihrer Einführung von vielen unqualifizierten EU-Bürgern ausgenutzt, um sich im Hochlohnland Schweiz einen Job zu suchen. Hinzu kommen aussereuropäische Arbeitsmigranten. Die Sozialsysteme werden vor allem deshalb strapaziert, weil sich die Zugewanderten nicht – wie vor allem die Linke immer träumt – einfach integrieren lassen. Auch die Unsummen von Steuergeldern, die unter dem Titel «Integrationsmassnahmen» investiert werden, ändern daran wenig. In der Regel stehen der Integration nicht vorhandene Sprachkenntnisse, fehlende Qualifikationen oder einfach nur mangelnder Integrationswille entgegen. Das Gros der zugewander-

Ausländeranteil bei den Schweizer Sozialwerken (Angaben in Prozent)



ten Ausländer mehr folglich das Heer der Sozialsystemabhängigen. Fast die Hälfte der Bezüger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeldern sind Ausländer. 8,8% der Ausländer sind erwerbslos, dagegen nur 3,5% der Schweizer. Über 25% der ausländischen AHV-Bezüger beziehen Ergänzungsleistungen. Bei den Schweizer Rentnern sind es gerade einmal 11%.

Die SVP ist die einzige politische Kraft, die dieser Fehlentwicklung entgegenwirkt, um Wohlstand und Sozialsysteme in der Schweiz auch für künftige Generationen zu sichern.

Personenfreizügigkeit verbieten

Bis vor kurzem waren sich in der Schweizer Demokratie noch alle einig: Der Wille der Mehrheit gilt. Dies änderte der Verfassungsbruch von 2016 abrupt. Damals weigerte sich das Parlament, das demokratisch gefällte Ja zur Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen. Mit der Begrenzungsinitiative soll deshalb nun das schädliche Prinzip der Personenfreizügigkeit endgültig beerdigt werden.

Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 erleben wir Jahr für Jahr eine Nettozuwanderung aus der EU von durchschnittlich 55 000 Personen. Das heisst bildlich, dass jährlich eine Stadt in der Grösse von Biel alleine aus EU-Zuwanderern in unserem Land entsteht. Das kann die Schweiz auf Dauer nicht verkraften. Denn die Folgen der Zuwanderung sind eine Abnahme an Lebensqualität, Dichtestress, Überlastung der Infrastrukturen, Zube-tonierung unserer schönen Landschaft, Strapazierung der Sozialwerke und Verdrängung von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in die Arbeitslosigkeit.

Eigenständige Steuerung notwendig

Die Begrenzungsinitiative verlangt erstens eine Verfassungsgrundlage, damit die Schweiz die Zuwanderung selber regeln kann, und zweitens will sie das verfehlte Prinzip der Personenfreizügigkeit in der Bundesverfassung verbieten. Internationale Verträge dürfen diesem Grundsatz nicht widersprechen.

Moderne Zuwanderungspolitik

Zusätzlich verlangt unsere Initiative, dass das Abkommen über die Perso-

Massive Zuwanderung stoppen!



Jetzt Begrenzungs-Initiative unterschreiben.

nenfreizügigkeit auf dem Verhandlungsweg ein Jahr nach der Annahme durch Volk und Stände ausser Kraft tritt. Wenn dies nicht gelingt, muss der Bundesrat das Abkommen innert einem weiteren Monat kündigen. Nur mit der Begrenzungsinitiative kann es gelingen, wieder eine moderne Zuwanderungspolitik zu betreiben, die nicht nur im Interesse der EU, sondern auch in unserem Interesse liegt. Damit die Schweiz Schweiz bleibt.

Porträt Schuhhändler David Zuberbühler

David Zuberbühler ist ein Ur-Herisauer. Schon früh engagierte er sich politisch, und bereits im Alter von 20 Jahren wurde er in den Einwohnerrat von Herisau gewählt. Seit 2015 sitzt der Ausserrhodener im Nationalrat. Dort setzt er sich ein für tiefere Steuern, eine restriktive Migrationspolitik und gegen den unkontrollierten Ausbau des Sozialstaats. Sozial sein bedeutet für ihn nämlich nicht, möglichst viel Steuergelder auszugeben, sondern Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ideal setzt er auch beruflich in

die Praxis um. Der 38-Jährige ist Teilhaber eines grossen Schuhgeschäfts mit mehr als vierzig Mitarbeitern. Seine Freizeit verbringt der zweifache Vater am liebsten mit seiner Familie oder auf dem Motorrad.



Für Nationalrat David Zuberbühler gilt: Qualität und Einsatz für den Standort Schweiz im Geschäft und in der Politik.



Nationalrätin Natalie Rickli, Kommunikationsberaterin, Winterthur (ZH)



Freiheit als Staatszweck

Die Schweizerinnen und Schweizer wissen, dass das höchste Gut unseres Landes die Freiheit ist. Deshalb wehren sie sich entschieden gegen jegliche Aufweichung der einzigartigen direktdemokratischen Volksrechte. Ein institutionelles Rahmenabkommen mit automatischer Rechtsübernahme und der Unterstellung unter die Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) wird vehement abgelehnt. Ein solches Abkommen würde das Ende des bilateralen Weges bedeuten, weil die Schweiz damit zwingend EU-Recht zu übernehmen hätte. Der Souverän, das Schweizer Volk, würde entmachtet, da es nur noch in jenen Bereichen bestimmen könnte, wo dies der EuGH tolerieren würde.

Laut Statistik wird in der Schweiz eine jährliche Wirtschaftsspitzenleistung von fast 80'000 Franken pro Kopf erwirtschaftet. Diese wird auf nur 7,5 Prozent Siedlungsfläche und auf 36 Prozent unseres Landwirtschaftsraums erwirtschaftet. Dies ergibt im Jahr 2016 ein Bruttoinlandsprodukt von 660 Milliarden Franken. Wie ist das möglich? Gemäss dem „Nation Brands Index 2017“ steht die Schweiz beim Image-Vergleich mit fünfzig anderen Ländern auf Rang acht. Getragen wird dieser respektable Ausweis unter anderem auch durch die starke Wirtschafts- und Exportleistung mit ihrer hohen Innovationskraft, von einem unternehmerfreundlichen Wirtschaftsumfeld und einem leistungsorientierten Bildungssystem. Nicht zuletzt wird unser Land auch wegen der wunderbaren Landschaft, seiner einzigartigen Bergwelt, der hervorragenden Persönlichkeiten im öffentlichen und privaten Raum und seinen Bürgern sehr geschätzt.

Zwischen Bewunderung und Neid

Wird dieser Erfolg auch wahrgenommen? Der frühere Schweizer UNO-Botschafter (2010-15) in New York, Paul Seger, stellt folgendes fest: «Wenn ich die Schweizer Medien lese, habe ich den Eindruck, dass wir mit uns selbst viel kritischer umgehen als das Ausland. Ich finde, die Schweiz hat einfach ein extrem ausgeprägtes Harmoniebedürfnis. (...) Ich habe das Glück, ein Land repräsentieren zu

dürfen, hinter dem ich voll und ganz stehen kann.» Botschafter Nicolas Bideau, Chef der für Imagepflege beim Bund zuständigen «Präsenz Schweiz» zur Umsetzung der Strategie des Bundesrates für die Landeskommunikation, macht folgende Beobachtung: «Die politische und wirtschaftliche Stabilität sowie eine intakte Umwelt machen aus der Schweiz eine Art vorbildliche Schwiegertochter der westlichen Welt.» Und weiter: «Das Image der Schweiz ist sehr gut – ein wenig wie die Klassenbeste, die man bewundert oder vielleicht gar beneidet, der man aber auch eins auswischt, wenn sich Gelegenheit bietet.» Zum Beispiel im britischen Blatt «The Independent» 2007: «Schweiz: Das Herz der



Unabhängigkeit, Föderalismus, Souveränität und Selbstbestimmung sind die Grundpfeiler unseres Landes. Sie machen die Schweiz zu einem einzigartigen Hort für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand.

«Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt. »

Finsternis in Europa?» Im deutschen «Spiegel» stand fast zeitgleich, die Schweiz sei eine «Demokratie am Rande des Nervenzusammenbruchs». Zwei Jahre später fragte die amerikanische «Los Angeles Times»: «Wer eigentlich braucht die Schweiz?», und 2010 verkündete das US-Nachrichtensmagazin «Newsweek» kurzerhand das «Ende der Schweiz». Im österreichischen «Kurier» las man: «Die Eidgenossen sorgen international für Un-

mut – die Schweiz eine skurrile Insel, die mit einem grauslichen Bukett von Problemen kämpft und deren Strahlmann-Image verblasst.»

Erfolgreiche Schweiz, glückliche Schweizer

Im auffälligsten Kontrast zu solcher Publizität steht der „World Happiness Report 2017“ der UNO, der die Schweiz nach Norwegen, Dänemark und Island auf dem vierten Platz der „glücklichs-

ten“ Länder dieser Welt sieht. Wie auch immer diese Auswertung zustande gekommen ist, die Eigenheiten und Stärken unseres Landes waren und sind es heute mehr denn je: Neutralität, Sicherheit, Frieden, Qualität, Ordnung, Sauberkeit, Solidarität, Demokratie und Meinungsfreiheit. Besonders bemerkenswert ist zudem für viele Betrachter, dass sogar ein neu erwachtes Heimatbewusstsein und ein neu erwachter Nationalstolz mit dem Land Schweiz in Zusammenhang gebracht wird. Das Land des «Heimwehs» oder des «Heimatscheins» löst – je nach Sichtweise – mit seiner selbstsicheren Präsenz Anerkennung, Bewunderung oder Neid aus. Weltmarkterfolge mit einzigartigen Schweizer Produkten – z.B. mehr als

450 verschiedenen Käsesorten oder begehrten Uhren von einzigartiger Verarbeitung und Präzision oder der erste Platz auf der „Weltrangliste der wettbewerbsfähigsten Länder“, die vom World Economic Forum (WEF) publiziert wird – das und noch viel mehr genügen nicht, um das Wesen des Schweizer Erfolges zu verstehen.

Freiheit, Solidarität und Milizprinzip

«Freiheit als Staatszweck» lautet die wohl treffendste und prägnanteste Formel dafür. So umschreibt SVP-Bundesrat Ueli Maurer den schweizerischen Sonderfall von 1291 bis heute. Ferner schreibt der SVP-Bundesrat: «Es bleibt unser Wunsch, unsere Angelegenheiten selber zu regeln. Das bezieht sich auf Einflussnahmen des Auslandes wie auf die Verhältnisse im Inland. Wir misstrauen der Macht. Bei uns half man sich schon immer selbst, und man half sich gegenseitig. Das Milizprinzip trägt und prägt dieses Land bis heute.» Die Schweiz, unsere Heimat und vor 200 Jahren noch das Armenhaus Europas, handelt verantwortungsvoll, weitsichtig und umsichtig, jedoch unabhängig und selbstbestimmt.

Nationalrat und Fraktionspräsident Thomas Aeschi, Baar (ZG)



Bauer und Schwyzer Nationalrat Marcel Dettling

«Die Schweizer Landwirtschaft versorgt die Bevölkerung mit hervorragenden Produkten, die naturnah produziert werden und unsere einmalige Landschaft pflegt.»

Marcel wurde am 1. Februar 1981 in Einsiedeln (SZ) geboren, ist verheiratet mit Priska und hat drei Kinder sowie vier Geschwister. Marcel ist gelernter Landwirt und heute auf seinem eigenen Viehzucht-Betrieb in der Bergzone tätig. Dieser ist auf die Produktion von weissem Kalbfleisch spezialisiert. Im Winter arbeitet Marcel auch im Bergbahn-Betrieb. Seine Freizeit verbringt Marcel am liebsten auf den Ski.

Viehzucht-Betrieb

27 ha Viehzucht-Betrieb in der Bergzone

Spezialisiert auf die Produktion von weissem Kalbfleisch

14 Milchkühe

20 Mastkälber

20 Schafe

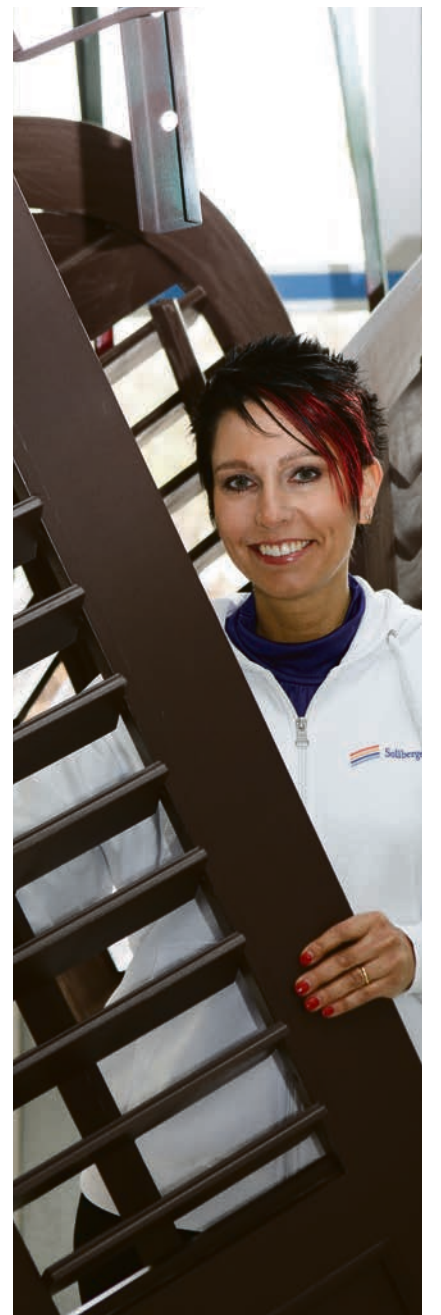
Porträt Nationalrätin und Malermeisterin Sandra Sollberger

Sandra Sollberger wurde kürzlich als «die Bunte» im Nationalrat bezeichnet. «Lieber bunt als farblos», kommentierte die sympathische Baselbieterin das Ranking. Das Prädikat bezog sich wohl eher auf ihren Beruf – Sandra Sollberger ist eidg. dipl. Malermeisterin – als auf ihre politische Haltung. Die 44-jährige ist seit 20 Jahren mit Simeon verheiratet und Mutter von Florence (20) und Fabrice (18). Sie ist Geschäftsführerin und Verwaltungsrätin der Sollberger Maler AG in Bubendorf (BL). Das Familienunternehmen besteht seit 60 Jahren und ist mit 12 Angestellten und 2 Lernenden (6 Frauen und 8 Männer) ein typischer KMU-Betrieb.

Seit 2015 ist Sandra Sollberger Nationalrätin. Zuvor war sie vier Jahre Landrätin und acht Jahre Gemeinderätin. Neben der KMU-Politik und dem Engagement für das Maler- und Gipsergewerbe, setzt sich Sandra Sollberger auch in zahlreichen Vereinen ein, so etwa im Natur- und Vogelschutzverein Bubendorf. Ornithologie fasziniert sie; inzwischen wissen ihre Nachbarn auch, warum Sandra Sollberger bisweilen mit dem Feldstecher durch den Garten schleicht.



Die Baselbieter Nationalrätin Sandra Sollberger führt zusammen mit ihrem Ehemann Simeon die Sollberger Maler AG in dritter Generation. Beide sind eidgenössisch diplomierte Malermeister.



Fakt ist:

Die Gemeinde Oberwil-Lieli ist anfangs 2018 die Nr. 1 beim Steuerfuss im Kanton Aargau. Der Steuerfuss lag zu Beginn meiner Amtszeit im Gemeinderat bei 98 % und ist mittlerweile auf 57 % gesunken. Möglich ist dies nur, weil wir, unter anderem, die Sozialkosten im Griff haben. Ich bin der Ansicht, dass jene Leute unterstützt werden sollen, die diese Unterstützung auch wirklich nötig haben, und nicht jene, die einfach zu bequem zum Arbeiten sind. Wer am Morgen aufsteht und arbeiten geht, für den muss es sich lohnen. Andererseits muss der Bezug von Sozialleistungen mit Einschränkungen verbunden sein.

Wir als Gemeinde Oberwil-Lieli belegen ebenfalls den Platz 1 beim «Weltwoche»-Rating in Bezug auf die Lebensqualität im Dorf. Wir haben ein neues Schulhaus gebaut, zwei neue Kindergärten, Alterswohnungen, ein neues Feuerwehrgebäude mit Werkhof, eine Freizeitanlage, wir haben das Gemeindehaus saniert, zwei Dorffeste durchgeführt. Es ist einiges passiert über die letzten zwanzig Jahre als ich im Gemeinderat bzw. seit 2006 Gemeindepräsident war.



Nationalrat Andreas Glamer, Oberwil-Lieli (AG)

Personenfreizügigkeit: Ein Triumph der Gewerkschaften

Die Personenfreizügigkeit setzt unseren Arbeitsmarkt unter Druck. Der Staat schränkt Unternehmen und Mitarbeiter immer mehr ein. Der freie Arbeitsmarkt ist nur noch ein Mythos. Gewinner sind die Gewerkschaften. Sie bauen ihre Macht aus und bereichern sich auf Kosten der Arbeitnehmer. Die Begrenzungsinitiative wird uns befreien und unseren Wohlstand sichern.

Auf Druck der EU führte die Schweiz 2002 die Personenfreizügigkeit mit 15 Ländern ein. Weitere 13 Länder folgten. Sie gibt jedem Ausländer das Recht, frei in die Schweiz einzuwandern und Arbeit anzunehmen. Unsere Löhne, unsere Sozialleistungen und unsere Altersvorsorge gehören zu den besten der Welt. Die Schweiz ist attraktiv – für gut ausgebildete und für weniger gut ausgebildete Personen gleichermaßen.

Auswirkungen der Personenfreizügigkeit

Die Personenfreizügigkeit hat die Schweiz massiv beeinträchtigt. Mit jeder Erweiterung der Personenfreizügigkeit stieg die Ausländerquote weiter an. Verzeichnete die Schweiz 2002 noch 20% Ausländer, sind es heute bereits 25%! Ausländer sind mehr als doppelt so häufig arbeitslos wie Schweizer. 2016 lag die Arbeitslosigkeit bei Ausländern bei 6%, bei Schweizern nur bei 2,4%. Die meisten Ausländer arbeiten im Gastgewerbe, im Bau und im Detailhandel, wo ihr Anteil bis über 40% beträgt. Seit der Personenfreizügigkeit haben in diesen Branchen die Anzahl der beschäftigten Ausländer und die Ausländerquote stark zugenommen. Gleichzeitig haben diese Branchen aber auch die höchsten Arbeitslosenquoten! So liegt im Kanton Tessin die durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit im Gastgewerbe bei rund 18%! Im Kanton Wallis beträgt die Jahresarbeitslosigkeit im Bau sogar rund 25%! Auch in Zürich sind es 8%. Es hätte also genügend Inländer, welche die Arbeiten verrichten könnten. Trotzdem werden immer mehr Ausländer in die Schweiz geholt. Für Arbeitslose zahlen die anderen. Haben Sie gewusst, dass die Gewerkschaften an jedem Arbeitslosen direkt verdienen? Die Gewerkschaften gehören nämlich zu den grössten Arbeitslosenkassen



Die Abschaffung der Personenfreizügigkeit stärkt den Werkplatz Schweiz. EMS-Chefin Magdalena Martullo-Blocher ist überzeugt: «Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand.»

und verrechnen ihre Leistungen für Beratung, Arbeitsmarktmassnahmen und das Auszahlen von Arbeitslosen-

einen Ausländer aus dem Ausland nur, wenn es keinen Inländer für diese Arbeit gab. Man zahlte dem Ausländer den in

sogar unter einem «allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag». Mindestlöhne, Entschädigungen, Arbeitszeit, Fe-

«Um den bestehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert.»

geldern bei jedem Arbeitslosen nach Leistungspunkten.

Das Konstrukt der Gewerkschaften

Weil sich so viele Ausländer um eine Arbeit in der Schweiz bewerben können, geraten Schweizer Löhne unter Druck. Ausländer sind auch mit weniger Lohn und schlechteren Bedingungen zufrieden, sind sie doch im Vergleich zur Heimat immer noch deutlich besser dran. Vor der Personenfreizügigkeit war das anders. Die Arbeitsbewilligung gab es für

der Schweiz üblichen Lohn. Nicht so bei der Personenfreizügigkeit. Um den entstehenden Lohndruck zu mindern, führte der Staat die sogenannten flankierenden Massnahmen (FlaM) ein. Diese greifen massiv in den Arbeitsmarkt ein und zwingen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in standardisierte Gesamtarbeitsverträge. Die jahrzehntelange Stärke der Schweiz, der liberale Arbeitsmarkt, wurde damit praktisch eliminiert. Inzwischen ist bereits jeder zweite Beschäftigte einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt! Einer von vier Arbeitnehmern arbeitet

rien usw. werden so einheitlich geregelt und jeglicher Wettbewerb unterbunden. Und dies, obwohl sich das Schweizer Stimmvolk an der Urne deutlich gegen staatliche Mindestlöhne und einheitliche Ferienregelungen aussprach! Trotz Standardisierung haben die Arbeitsstreitigkeiten in der Schweiz noch zugenommen. Die Gewerkschaften, welche die 50% Arbeitnehmer offiziell vertreten (obwohl nur 15% der Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft sind), benutzen ihre Macht zunehmend als Druckmittel für weitergehende soziale Forderungen.

Denn: Jeder Mitarbeiter und jedes Unternehmen im Gesamtarbeitsvertrag leistet pauschal oder als Lohnabzug sogenannte Solidaritätsbeiträge. Diese Millionen-

«Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht.»

beträge landen in den Kassen der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften, insgesamt über 20 Millionen Franken in der Gastronomie und beinahe 50 Millionen Franken im Bau!

Personenfreizügigkeit abschaffen

Die Personenfreizügigkeit hat uns eine deutlich höhere Ausländerquote und mehr Arbeitslose gebracht. Der liberale Arbeitsmarkt wurde zerstört und stattdessen das Arbeitsverhältnis zentralisiert und verstaatlicht. Linke Forderungen werden gegen den Willen des Stimmbürgers, und ohne dass das einzelne Unternehmen oder der einzelne Arbeitnehmer etwas zu sagen hätte, für allgemeinverbindlich erklärt. Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften kassieren – die rechtschaffenen Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Es ist Zeit, dass wir dieses Monster eindämmen: Lasst uns die Personenfreizügigkeit mit der Begrenzungsinitiative abschaffen! Die Macht der Gewerkschaften muss zurückgebunden werden. Nur so sichern wir Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz! Wir von der SVP setzen uns dafür ein!

Nationalrätin
Magdalena Martullo-Blocher,
Unternehmerin
EMS-CHEMIE AG (GR)



«Als Unternehmer ist mir die zunehmende Bürokratie ein Dorn im Auge. Neben der Übernahme von internationalen Regulierungen ist die Energiebürokratie zu einem Haupttreiber der Überregulierung geworden. Die verheerende Energiepolitik von Mitte-links ist inzwischen ein handfestes Problem für unseren Wirtschaftsstandort.»



Nationalrat Hansjörg Knecht, Mitinhaber und Geschäftsleiter der Knecht Mühle AG in Leibstadt (AG)

«Wegen der unkontrollierten Zuwanderung durch die Personenfreizügigkeit werden immer mehr Stellen durch Ausländer besetzt. Die Jobsuche gestaltet sich sowohl für junge Schweizer und Secondos als auch für die über 50-Jährigen zunehmend schwierig.»



Nationalrat Mauro Tuena, IT-Unternehmer in Zürich

«Zu wenig Politiker kennen die Bedürfnisse der KMU und des Gewerbes aus der Praxis. Vor den Wahlen wird das Hohelied auf die KMU als Rückgrat der Wirtschaft besungen, bei Abstimmungen ist alles vergessen, neue Vorschriften und Abgaben werden beschlossen. Wir müssen unsere Unternehmen für die Zukunft stärken, deshalb sage ich Stopp!»



Nationalrätin Sylvia Flückiger, Inhaberin und Mitglied der Geschäftsleitung, Flückiger Holz AG in Schöffland (AG)

«Staatliche Regulierung und Bürokratie verlangen einen immer grösseren zeitlichen Aufwand. Diese Zeit möchte ich lieber in meinen Betrieb investieren. Dort wird der volkswirtschaftliche Nutzen erbracht.»



Nationalrat Erich Hess, Lastwagenfahrer und Unternehmer in Bern

«Der SVP wird vorgeworfen, konservativ zu sein. Wenn jedoch Gewerkschaften an uralten, längst überholten Arbeitszeitmodellen festhalten, dann wird das sozial genannt. Eine Modernisierung unserer Arbeitszeitregeln ist jedoch dringend notwendig und sollte nicht länger aufgeschoben werden.»



Nationalrätin Diana Gutjahr, Geschäftsführerin der Ernst Fischer AG in Romanshorn (TG)

Die Sozialkosten-Welle

Wer als Flüchtling anerkannt ist, erhält die gleichen Sozialhilfeleistungen wie ein Inländer, der jahrzehntelang hier gearbeitet und Steuern bezahlt hat.



Nationalrätin Barbara Steinemann, Mitglied der Sozialbehörde Regensdorf (ZH)

Diese Leistungen sind oftmals so hoch, dass es sich ökonomisch gesehen nicht lohnt, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen. Für einen jungen Eritreer beispielsweise sind das monatlich CHF 986.– Bargeld, zudem hat er Anspruch auf eine Wohnung und die Übernahme aller Sozialversicherungsbeiträge. So stehen ihm standardmässig Leistungen von rund CHF 2600.– zu. Bei einem Haushalt mit vier Personen sind es Sozialleistungen von mindestens CHF 5000.–.

Auch Zahnarzt wird bezahlt

Unter dem Titel «situationsbedingte Leistungen»¹ müssen die Gemeinden jedoch zusätzlich folgende Ausgaben übernehmen: Zahnarzt, Dentalhygiene, Brillen, Krippenkosten, Babyartikel, Schultensilien, Prämien, Selbstbehalt und Franchisen von Schaden-,

Haushalt- und Haftpflichtversicherung, Möbel, Einrichtungsgegenstände, Umzugskosten, Anwaltskosten, amtliche Papiere, ÖV-Abos, Kosten der Aufenthaltsbewilligung, Reisekosten für Wahrnehmung des Besuchsrechts und Musikstunden und -instrumente. Zusätzlich bezahlt die Allgemeinheit ihm die AHV/IV-Beiträge. Wenn er also mit 18 Jahren in die Schweiz kommt und bis 65 auf Kosten der Sozialhilfe lebt, erhält er

eine AHV-Rente, ohne je einen Tag in der Schweiz gearbeitet zu haben.

Asylindustrie boomt

Frühere Flüchtlingsgenerationen – Vietnamesen, Ungarn, Jugoslawen etc. – haben sich durch Eigeninitiative integriert. Heute ist um die fehlenden Qualifikationen eine regelrechte Asylindustrie entstanden: Ein Integrationskurs der Stiftung «Chance» beispielsweise kostet CHF 3385.– pro Monat

– damit ein Flüchtling arbeiten lernt. Ein Alphabetisierungskurs schlägt monatlich mit CHF 1375.– zu Buche und dauert meist Jahre. Das Gleiche gilt für das Arbeitstraining, das den Gemeinden für monatliche CHF 1700.– verkauft wird. Selbst für ein Praktikum zahlt der Steuerzahler CHF 1540.– pro Monat – notabene ohne Erfolgsgarantie. Das Asylwesen ist ein Wirtschaftsfaktor geworden – zulasten der Steuerzahler und unseren eigenen Bedürftigen.

Diese Leistungen erhalten anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz

Bedarf	1 Person	1 Person + 1 Kind	2 Personen + 2 Kinder
Grundbedarf	CHF 986.00	CHF 1'509.00	CHF 2'110.00
Miete inkl. Nebenkosten (Maximalbetrag)	CHF 1'100.00	CHF 1'300.00	CHF 1'600.00
Krankenkasse Erwachsene	CHF 394.00	CHF 394.00	CHF 786.00
Krankenkasse pro Kind CHF 85.–		CHF 85.00	CHF 170.00
AHV/IV-Beiträge	CHF 45.00	CHF 45.00	CHF 45.00
situationsbedingte Leistungen ¹ (Durchschnittswert)	CHF 100.00	CHF 200.00	CHF 300.00
Monatliche Bezüge	CHF 2'625.00	CHF 3'533.00	CHF 5'011.00

Sozialhilfe nach den sog. SKOS-Richtlinien. Die Wohnungsmieten verstehen sich inkl. Nebenkosten und richten sich nach den kommunalen Reglementen. Das Beispiel hier entspricht den Wohnpreisen in der Agglomeration Zürich.

Fakt ist:

Die Kosten der Sozialhilfe steigen massiv. Zwischen 2005 und 2015 haben sie von 1,7 auf 2,6 Milliarden Franken zugenommen. Das entspricht einer Zunahme von über 60 Prozent. Die Zahl der Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger stieg innerhalb dieser zehn Jahre jedoch nur um 12 Prozent, d.h. von 237'500 auf 265'600 Personen. Praktisch die Hälfte aller Sozialhilfebezüger sind Ausländer. Viele haben nie gearbeitet und Steuern bezahlt. Bezahlen müssen die massiv ansteigenden Sozialhilfekosten die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Gemeinden und Kantonen, was zu einer immer höheren Belastung von ihnen führt.



Nationalrat Felix Müri

Schweiz-EU: Wer seine Handlungsfähigkeit aufgibt, ist verloren

Vor 25 Jahren hat sich das Schweizer Volk durch die Ablehnung des EWR/EU-Vertrages seine Handlungsfähigkeit erhalten. Ein eigenständiger Handlungsspielraum und Selbstbestimmung sind ein hohes Gut. Diese zu sichern, ist darum oberstes Ziel eines souveränen Landes. Doch leider sind diese wichtigen Güter in grosser Gefahr.

Es gilt auch heute wie vor 25 Jahren, einen Beitritt in die Europäische Union zu verhindern. Der Bundesrat hatte damals in seiner Botschaft ans Parlament zu Recht klar festgehalten: «Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat.»

Brüssel bestimmt

Heute treibt uns die Classe politique wieder in die gleiche Situation. Soll sich die Schweiz unwiderruflich an die EU anbinden? Soll in Zukunft die EU über die Schweiz gebieten? Die EU will dies mit einem sogenannten institutionellen Rahmenabkommen erreichen. Und die Classe politique gibt nach und will ihr diesen ungeheuerlichen Wunsch erfüllen: Die Schweiz soll automatisch EU-Recht übernehmen, ohne dass Volk und Stände etwas zu sagen hätten. Das reicht von Regeln über die Zuwanderung, den Warenhandel, die Landwirtschaft bis zum Land- und Luftverkehr. Die relevanten Gesetze der Schweiz würden in Zukunft in Brüssel gemacht und nicht mehr vom schweizerischen Parlament und von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Für die Auslegung und die Einhaltung dieser Gesetze soll ein fremdes Gericht, der EU-Gerichtshof, zuständig sein. Würde die Schweiz einem solchen EU-Gesetz nicht Folge leisten, hätte die EU das Recht, Sanktionsmassnahmen zu ergreifen. Die Schweiz würde damit all ihre Vorteile, die sie heute ausserhalb der EU hat, aufgeben. Ein solcher Unterwerfungsvertrag wäre das Ende einer selbstbestimmten und unabhängigen Schweiz.

Staatsstreich durch die Hintertüre
Profitieren von einem solchen Vertrag würden Politiker, Beamte und Funkti-



Alt Bundesrat Christoph Blocher: Der ewige Kämpfer für die Selbstbestimmung und Freiheit der Schweiz

onäre. Sie alle können dann an internationale Konferenzen reisen, wären die Ansprechpartner der EU und könnten – unbehelligt durch betroffene Bürger – deren Beschlüsse umsetzen. Bürger, Unternehmen, Kantone und Gemeinden hätten die Folgen zu tragen. Bereits heute beginnen Bundesverwaltung und Politiker die Macht an

Staaten – und auch mit der EU – neutrale Beziehungen pflegen und Handel betreiben. Weil die Classe politique wankt, müssen Bürger an der Urne zum Rechten sehen.

2. Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht

« Es ist sicherzustellen, dass das Schweizer Volk auch in Zukunft immer das letzte Wort hat und nicht über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann. »

sich zu reissen: Volksentscheide werden nicht mehr vollzogen oder missachtet. Das internationale Recht wird neuerdings auch vom Bundesgericht leichtfertig über das demokratisch beschlossene Schweizer Recht gestellt. Die Folge davon: Kriminelle Ausländer können nicht ausgeschafft werden oder die masslose Zuwanderung kann trotz anderslautenden Volksentscheiden nicht begrenzt werden.

Jetzt müssen wir handeln

Was ist zu tun?

1. Die Schweiz darf sich nicht mit einem institutionellen Rahmenabkommen an die EU binden, sondern muss weiterhin weltoffen mit allen

über internationales Recht, das nicht demokratisch ist, ausgehebelt werden kann. Die Selbstbestimmungsinitiative der SVP garantiert dies. Also: Ja zur Selbstbestimmungsinitiative.

3. Der Wille von Volk und Ständen, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern ist endlich umzusetzen. Die Begrenzungsinitiative stellt dies sicher. Sie garantiert eine massvolle Zuwanderung zum Wohl der Bevölkerung. Deshalb: Begrenzungsinitiative unterzeichnen (vgl. beiliegender Unterschriftenbogen)! Damit unsere Kinder eine Zukunft in Wohlstand und Freiheit haben.

Kommentar

Ausschaffungen: Leere «Strichliliste»

2010 hat die Stimmbevölkerung mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative beschlossen, dass künftig kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden sollen. Das Parlament hat den Auftrag leider nicht verstanden und in das Umsetzungsgesetz eine «Täterschutzklausel» aufgenommen. Demnach können die Richter nach eigenem Ermessen aus Tätern «Härfälle» machen und praktisch jederzeit auf deren Ausweisung verzichten. Gerade eine solche richterliche Willkür wollte das Stimmvolk aber verhindern. Trotz der Aufweichung des Volksentscheids wurde uns eine «pfefferscharfe» Umsetzung der Ausschaffungsinitiative versprochen. Ich meinerseits habe versprochen, eine «Strichliliste» über die Landesverweise zu führen. Deshalb habe ich dem Bundesrat seit Inkrafttreten des Gesetzes im Oktober 2016 in jeder Session die Frage gestellt, wie viele Landesverweise denn nun ausgesprochen worden seien. 2016 waren es gerade einmal 14. Ende November 2017 antwortet Bundesrätin Sommaruga auf meine Frage: «Die Daten für das Jahr 2017 werden vom Bundesamt für Statistik im Juni 2018 statistisch ausgewertet.» Dagegen wurde, dem Vernehmen nach, die «Täterschutzklausel» bereits Dutzende Male angewendet. Wie von der SVP befürchtet, wird wohl aus der Ausnahme eine Regel gemacht. Ein Volksentscheid wurde einmal mehr nicht umgesetzt.



Nationalrat Toni Brunner (SG)



Kommentar

Verfehlte Flüchtlingspolitik



Mit dem Dublin-Abkommen müsste die Schweiz nur noch Asylsuchende ins Verfahren aufnehmen, die mit dem Flugzeug direkt in die Schweiz gekommen sind. Die grosse Mehrheit der Asylsuchenden reist aber über den Landweg in den EU-Raum ein und müsste sich im ersten Dublin-Land wie Italien registrieren, beurteilen und betreuen lassen. Wer das nicht macht, kann gemäss diesem EU-Abkommen von der Schweiz in dieses Land zurückgewiesen werden. Da die Schweiz von EU-Dublin-Staaten umgeben ist, gilt dies praktisch für alle, funktioniert aber häufig nicht. Und trotzdem nimmt Frau Sommaruga zehntausende Asylsuchende in der Schweiz auf. Das Dublinsystem ist das Papier nicht wert und unsere Asylbehörden versagen komplett. Doch, als wäre das nicht genug, hat Justizministerin Sommaruga auch noch damit begonnen, Migranten direkt aus Libyen in die Schweiz einzufliegen. Damit betätigt sich der Bundesrat jetzt offiziell als eine Art Schlepperorganisation, was weitere Völkerwanderungen in Afrika auslösen wird. Diese falsche Asylpolitik, die über Jahrzehnte hinweg in der Schweiz wiederkehrende Milliardenkosten verursacht und unsere Gemeinden ruinieren wird, bekämpft nur die SVP.



Nationalrat Adrian Amstutz (BE)

Interview mit Nationalrat Jean-François Rime

Verträge mit der EU dürfen kein Klumpenrisiko werden!



Nationalrat und Unternehmer Jean-François Rime warnt vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Er lebt in Bulle, ist verheiratet und hat drei erwachsene Söhne. Seit Mai 2012 ist er Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes.

Als Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes mit 300'000 Unternehmen im Rücken stehen Sie mit Blick auf die Aussenwirtschaftspolitik vor fast historischen Herausforderungen. Was ist zu tun oder zu lassen, um die wirtschaftlichen Stärken zu fördern?

Unsere Stärken im globalen Umfeld sehe ich dank hoher Qualität in der Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit, weiter in der Standortattraktivität und in der Effizienz und Produktivität. So heben wir uns vom Mittelmass ab. Diese Stärken gilt es zu bewahren und zu fördern. Auf keinen Fall dürfen wir die Verantwortung für unseren wirtschaftlichen Erfolg ans Ausland delegieren. Es wäre verheerend, von dort die Lösung unserer Probleme zu erwarten.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte, um mit dieser Strategie zum Erfolg zu kommen?

Ich nenne zwei Stichworte: Frankenstärke beziehungsweise Euroschwäche und Regulierungskosten. Weil die Schweiz keinen direkten Einfluss auf die EU-Probleme hat, müssen wir den Hebel anderswo ansetzen. In den Unternehmen wurde bereits ausserordentlich viel getan. Die Politik ist hingegen noch im Verzug. Dies wegen der selbst verursachten, viel zu hohen Regulierungskosten. Seit 2010 wissen wir, dass wir uns damit nur behindern und strangulieren. Vermeidbare und überflüssige Regulierungskosten fressen rund zehn Milliarden Franken unseres Bruttoinlandsprodukts weg. Seit 2013 liegen Pläne in der Schublade des Bundesrates, um diese hausgemachte Benachteiligung gegenüber der Auslandskonkurrenz abzufedern.

Trifft die Vermutung zu, dass sich der Bundesrat vor allem auf die Beziehungen zur EU zu konzentrieren scheint, oder täuscht dieser Eindruck? Ganz und gar nicht! Der EU als dem wichtigsten Handelspartner der Schweiz,

und zwar auf Gegenseitigkeit, gilt richtigerweise die Hauptaufmerksamkeit. Dabei müssen wir auch auf die Abhängigkeit von der EU achten, weil wir sonst ein Klumpenrisiko schaffen. Die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und Chancen der Schweiz reichen weit über den EU-Raum hinaus. Ich erinnere daran, dass die Schweiz 2013 als erstes Land Europas ein Freihandelsabkommen mit der Volksrepublik China unterzeichnen konnte.

Und wie soll sich die Aussenwirtschaftspolitik im Verhältnis zur EU positionieren?

Es gilt vor allem, die Vorteile und die guten Bedingungen der bilateralen Verträge mit der EU zu pflegen und weiter zu entwickeln. Herausgefordert sind jetzt mehr denn je die verhandlungsstarken Kräfte unserer Wirtschaftsdiplo-matie. Nicht Überheblichkeit oder Arroganz helfen uns, sondern selbstbewusste Besinnung auf unsere Stärken. So wird man als Verhandlungspartner ernst genommen. Bittsteller, die mit vorauseilendem Gehorsam vorgehen, haben verloren, bevor sie den Sitzungstisch in Brüssel erreichen. Gift für unseren Wirtschaftserfolg sind auch die unsäglichen Swiss-Finish-Regulierungen. Als Musterknaben befolgen wir diese hausgemachten Knebelvorschriften punktgenau, nur um unsern Verhandlungspartnern zu gefallen, aber wir schwächen uns selber damit.

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des von der EU so dringend gewünsch-

ten institutionellen Rahmenabkommens mit der Schweiz?

Ich warne vor der willfährigen Unterwerfung unter ein EU-Diktat durch vollständige Harmonisierung der Rechtssysteme. Das würde unseren globalen Handlungsspielraum zunichte machen und unsere Position dauerhaft schwächen. Denn vielfach ist es richtig und besser, wenn wir anders handeln und uns anders entwickeln als die EU. Wir würden mit einem Rahmenabkommen nach Vorstellungen der EU als bedeutungsloser Kleinstaat sang- und klanglos untergehen, ohne der EU beizutreten. Die bessere Alternative sehe ich in der sorgfältigen Pflege der bilateralen Abkommen, weil uns dieses Vertragssystem Rechtssicherheit garantiert. Die bilateralen Verträge sind Verträge auf Augenhöhe. Kein Partner ist dem anderen unterstellt, kein Partner muss Regulierungen oder die Gerichtsbarkeit des anderen übernehmen. Damit das so bleibt, haben wir unsere Verantwortung selber wahrzunehmen und die direkte Demokratie, die uns Selbstbestimmung sichert zu schützen.



Volkswille? Direkte Demokratie? Abstimmungsentscheide? – Für EU-Brüssel ist der Wählerwille vor allem eines: Störend!



Wussten Sie, dass ...

... die Schweiz einer der wichtigsten Handelspartner der EU ist?

Obwohl die EU auf der ganzen Welt Handel treibt, war die Schweiz auch im Jahr 2016 erneut der dritt wichtigste Warenhandelspartner der Europäischen Union. Ganze 7,7% (264 Milliarden Euro) des Gesamtwarenverkehrs der EU fanden im Austausch mit der Schweiz statt. Die Spitzenplätze wurden belegt von China (15,2%) und den USA (17,7%). Damit ist die Schweiz als Warenhandelspartner für die EU wichtiger als Russland (5,5%), die Türkei (4,2%) oder Japan (3,6%).

... die Schweiz mehr Arbeitslose hat als Deutschland?

Gemäss dem Internationalen Arbeitsamt (ILO) liegt im Jahr 2016 die jahresdurchschnittliche Jugend-Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit 8,6% höher als in Deutschland mit 7%. Gleiches gilt für die Erwerbslosenquote im Jahr 2016, die für die Schweiz 5% und für Deutschland 4,1% beträgt.

... das Produktivitätswachstum in der Schweiz seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit negativ ist?

Das Produktivitätswachstum ist in der Schweiz seit 2007 insgesamt sogar negativ. In der Dekade davor verzeichneten wir noch ein jährliches Wachstum von knapp 2 Prozent (BCA Research 2017).

Verena Herzog, Nationalrätin, Frauenfeld



Was will das EU-Rahmenabkommen?

Ende 2012 teilte die EU der Schweiz mit, weitere bilaterale Verhandlungen kämen nur noch in Frage, wenn sich die Schweiz mit einem institutionellen Rahmenabkommen stärker in die EU einbinde. Wer Zugang zum Binnenmarkt haben wolle, müsse bedingungslos heutiges und künftiges EU-Recht akzeptieren und sich dem EU-Gerichtshof unterstellen. Dieser entscheidet im Streitfall abschliessend, was zu Sanktionen (Strafmassnahmen) führen kann. Für die Schweiz hätte ein solches Rahmenabkommen schwerwiegende Auswirkungen:

- Ob ein EU-Gesetz auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betrifft, entscheidet allein die EU. Gegebenenfalls müsste die Schweiz alle EU-Gesetze übernehmen, die auch die bilateralen Verträge mit der Schweiz betreffen. Beim Abschluss der bilateralen Abkommen wurde durch die Schweiz der damalige Stand des EU-Rechts

übernommen. Seither wurde das EU-Recht weiterentwickelt. Aus Brüsseler Sicht entsprechen heute manche Abkommen nicht mehr dem neuesten EU-Recht.

- Wenn es zu Konflikten über die Auslegung der bilateralen Verträge kommt, entscheidet abschliessend der EU-Gerichtshof. Die Schweiz müsste ohne Mitsprache bei der Urteilsfindung die Entscheide dieses parteiischen Gerichts anerkennen und vollziehen. Sollte die Schweiz einem Entscheid des EU-Gerichts nicht Folge leisten, könnte die EU Strafmassnahmen verhängen. Die heutigen bilateralen Abkommen nennen keine Gerichte, welche im Streitfall entscheiden. Bei Konflikten werden Differenzen ohne Androhung von Sanktionen auf diplomatischer Ebene ausdiskutiert.

- Statt der bisherigen «Kohäsionsmilliarden» als freiwilli-

ge Gegenleistung für den Zugang zum EU-Binnenmarkt hätte die Schweiz in Zukunft der EU jährliche Beiträge abzuliefern.

- Das Abkommen ist kein Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern «auf Augenhöhe», sondern ein verkappter Unterwerfungs- oder Kolonialvertrag. Auch wenn noch nicht alle Details zum Rahmenabkommen bekannt sind, zeigt sich bereits jetzt, dass der Schweiz nur Pflichten auferlegt, aber keine Rechte eingeräumt werden sollen.

Eine solcher «Freundschaftsvertrag» zur Einbindung der Schweiz in die EU ist nicht vereinbar mit der direktdemokratischen Schweizer Staatsform und darum von Volk und Ständen - der obersten Instanz des Landes - mit aller Kraft zu bekämpfen.

Kommentar

Kohäsionsmilliarde wofür?



Letzten November weilte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker auf Staatsbesuch in Bern. Der Himmel hing voller Geigen. Angeblich. Bundespräsidentin Doris Leuthard war hin und weg. Juncker flötete von «Freundschaft» und «Kaiserwetter». Dafür ertete er Zusagen in der Höhe von 1,3 Milliarden Franken. Leuthard bekräftigte stolz, dass man das Geldgeschenk «ohne Verknüpfung politischer Interessen» spreche, also ohne Gegenleistung.

Scherbenhaufen

Mittlerweile liegt Leuthards Diplomatie des Geldverteils in Scherben. Die Geschenke brachten nichts. Katzenjammer folgt auf Kaiserwetter. Junckers Gesäusel entpuppt sich als getarnter Stich in den Rücken der Bundespräsidentin. Brüssel macht nicht Freundschafts-, sondern, wen wundert, Interessenpolitik: Leuthards Kumpel Juncker will die Schweiz gewaltsam in eine institutionelle Zwangsehe mit seiner EU hebeln, fremde Richter inbegriffen.

Erpressung

Konkret: Die EU verlangt, dass wir künftig automatisch europäisches Recht übernehmen. Im Zweifelsfall soll der Europäische Gerichtshof entscheiden. Weigert sich die Schweiz, droht Brüssel mit Schikanen gegen den Finanzplatz. Immerhin wissen wir jetzt, was Junckers EU unter Freundschaft versteht. Es ist die Freundschaft eines Mafiapaten, der dir freundschaftlich den Arm bricht, wenn du dich seinen Forderungen widersetzt.

Unredlichkeit

Jetzt rächt sich das jahrelange Doppelspiel des Bundesrats und seiner Diplomaten. Denen in Brüssel erzählten sie, man werde die widerspenstige Schweiz, bilateral, Stück für Stück doch noch irgendwie in die EU heran- bzw. hinein-führen. Gegenüber den Schweizern sagte man, das Ziel sei die bilaterale Unabhängigkeit. Jetzt hat die EU die Schummelei bemerkt und ist erzürnt. Man kann es fast verstehen.

Wie weiter?

Wie weiter? Der Bundesrat muss gegenüber Brüssel endlich Klartext reden: Die Schweiz will gute Beziehungen zur EU, aber wir wollen keinen Beitritt, keine Einrahmung, keine automatische Rechtsübernahme und keine fremden Richter. Wir wollen auch keine 1,3 Milliarden an Länder verteilen, die dank dem Sponsoring ihre Steuern senken und unsere Firmen abwerben können. Wir wollen unsere Zuwanderung wieder selber steuern!

Keine Zwangsheirat

Die EU wird keine Freude haben, aber das ist nicht so schlimm. Die EU will viel von uns, aber wir wollen nichts, was uns Brüssel geben könnte. Deshalb unser Rat ins Bundeshaus: Tief durchatmen, standhaft bleiben; gute Beziehungen immer, aber bitte keine Zwangsheirat mit der Europäischen Union. Juncker wird dieses Freundschaftsangebot verkräften.

Nationalrat Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor Weltwoche, Küsnacht (ZH)



Gewinnen Sie beim nicht so tierisch ernsten Wettbewerb

Online mitmachen unter:
www.svp.ch/wettbewerb

Wie gut kennen Sie die SVP?

1. Welches ist das Logo der SVP Schweiz?



- ☐ **MA** Mond ☐ **SEL** Sünneli ☐ **EL** Stern

2. Was heisst SVP?



- ☐ **UO** s'il vous plaît ☐ **GI** Sixpacks vor pleasure ☐ **BS** Schweizerische Volkspartei

3. Für welche Themen setzt sich die SVP vor allem ein?



- ☐ **TBE** Freiheit und Unabhängigkeit ☐ **BAI** Umverteilung und staatliche Regulierung ☐ **ITZ** EU-Beitritt

4. Welches Jubiläum konnten wir dank der SVP am 6. Dezember 2017 feiern?



- ☐ **BLA** 25 Jahre Meinungsfreiheit ☐ **OPI** 25 Jahre 1. August-Feiertag ☐ **STI** 25 Jahre EWR-Nein

5. Welches sind die beiden aktuellen Bundesräte der SVP?



- ☐ **YO** Adolf Ogi und Christoph Blocher ☐ **MM** Ueli Maurer und Guy Parmelin ☐ **AH** Christa Rigozzi und Linda Föh

6. Welches Ereignis führte zur Entstehung der SVP?



- ☐ **UNG** Gründung der Zürcher Bauernpartei 1917 ☐ **LAR** Gründung Jodlerklub Seerose 1952 ☐ **UPF** Schlacht am Morgarten 1315

Und so geht's: Die rot gefärbten Buchstaben hier unten nacheinander eintragen.

Lösungswort:

- 1. Preis:** Bundeshaus-Führung für vier Personen mit einem Parlamentarier nach Wahl inklusive Mittagessen.
- 2. Preis:** Grosser Bauern-Korb mit regionalen Produkten im Wert von Fr. 300.–.
- 3. Preis:** Brunch-Gutschein vom Stockhorn, Hausberg des Parteipräsidenten Albert Rösti, im Wert von Fr. 200.–.

Vorname: _____

Name: _____

Strasse: _____

PLZ / Ort: _____

E-Mail / Natel: _____

Machen Sie online mit unter www.svp.ch/wettbewerb oder füllen Sie die Adressfelder aus, schneiden den Talon aus und senden Sie diesen in einem Couvert an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59, E-Mail info@svp.ch



Weltfremde Gerichtsurteile

Die Urteile fremder Richter stehen heute über unseren Volksentscheiden. Die politische Elite will das so. Der gesunde Menschenverstand wird damit zum Teil ausgeschaltet. Das zeigen folgende Beispiele:

Richter in Strassburg schützen Versicherungsbetrügerin

Frau Vukota-Bojic erlitt einen Verkehrsunfall und erhielt in der Folge eine volle Invalidenrente. Sie verweigerte jedoch später eine weitere medizinische Untersuchung. Also liess die Unfallversicherung sie durch einen Privatdetektiv überwachen. Dieser beobachtete Frau Vukota-Bojic bei Tätigkeiten wie beispielsweise beim Einkaufen und Autofahren, die gemäss einem Experten auf eine Arbeitsunfähigkeit von lediglich noch 10 Prozent schliessen liessen. Dies führte zu einer Reduktion der Rente, was auch das Schweizerische Bundesgericht gut hiess. Doch die Richter in Strassburg sahen in der Überwachung von Frau Vukota-Bojic eine Verletzung der Privatsphäre – obwohl sie zu Unrecht eine massiv zu hohe Rente bezog!

(Urteil Vukota-Bojic gegen die Schweiz, 18.10.2016, Nr. 61838/10)

Richter in Strassburg schützen kriminellen nigerianischen Sozialhilfebezügler

Herr Udeh, ein Nigerianer, war früher einmal mit falscher Identität in die Schweiz eingereist, wurde später wegen Kokainhandels in Deutschland verurteilt und wollte schliesslich



Nicht demokratische legitimierte Urteile der Richter in Strassburg stehen seit ein paar Jahren über Volksentscheiden der Schweiz. Die Selbstbestimmungs-Initiative will dies wieder ändern.

wieder in der Schweiz leben. Hier bezog er Sozialhilfe. Er hatte zudem eine Schweizerin geheiratet, mit ihr zwei Kinder gezeugt, sich von ihr dann scheiden lassen und mit einer neuen Freundin ein weiteres Kind gezeugt. Das Schweizerische Bundesgericht verweigerte ihm ein Aufenthaltsrecht, unter anderem auch, weil er beruflich und sozial schlecht integriert war und schlecht Deutsch sprach. Doch die Richter in Strassburg stellten sein Interesse, in der Schweiz zu leben, über das Ziel, kriminelle Ausländer von der Schweiz fernzuhalten, und so durfte Herr Udeh in der Schweiz bleiben!

(Urteil Udeh gegen die Schweiz, 16.4.2013, Nr. 12020/09)

Fakt ist:

Ein zentrales Menschenrecht ist das Stimm- und Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger. Bereits Art. 21 der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte sagt, dass jeder Mensch das Recht hat, an der Leitung öffentlicher Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen. Dies bedeutet auch, sich nicht durch fremde Richter bestimmen zu lassen. In der direkten Demokratie haben die Schweizerinnen

und Schweizer am meisten Mitbestimmungsrechte. Das Volk ist der Souverän. Von Iran über Afrika und Venezuela bis in die EU wünschen sich die Bürger zurecht mehr Mitbestimmung. Das Modell der Schweiz wird oft gerühmt. Verspielen wir diese Vorbildrolle nicht durch die Aufgabe unserer Selbstbestimmung!



Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder, Rapperswil-Jona (SG)

Selbstbestimmung stärkt Wirtschaft



Extrablatt im Interview mit Nationalrat und Unternehmer Franz Grüter, Verwaltungsratspräsident der green.ch. Die green.ch AG wurde 1995 gegründet und gehört heute zu den führenden Informatikdienstleistern der Schweiz. Der 54-jährige Grüter ist verheiratet und lebt mit seinen beiden Töchtern sowie einem Sohn in Eich im Kanton Luzern. Er engagiert sich beim FC Luzern und besucht regelmässig die Heimspiele seines Lieblingsvereins. Er entspannt sich am besten in der Natur, zum Beispiel auf einer Biketour oder beim Wandern.

Warum unterstützen Sie als Unternehmer die Selbstbestimmungs-Initiative?

Die Green-Gruppe ist erfolgreich tätig im internationalen Geschäft mit der Beherbergung von Daten und IT-Systemen in der Schweiz. Unternehmen aus der ganzen Welt vertrauen uns ihre Daten an. Wenn ich mit Kunden aus aller Welt spreche und sie frage, weshalb sie hierherkommen, höre ich immer wieder folgende Argumente: Die Schweiz ist ein unabhängiges, stabiles und neutrales Land. Wir sorgen eigenständig dafür, dass wir hier sichere und freieitliche Verhältnisse haben. Man hat Vertrauen in die Zuverlässigkeit, Stabilität und Unabhängigkeit unseres Landes. Dies sind die Werte, auf denen der Erfolg der Schweiz beruht. Aus tiefer Überzeugung glaube ich deshalb, dass wir die direkte Demokratie und Selbstbestimmung erhalten und stärken müssen.

Der Bundesrat und die Wirtschaftsverbände behaupten, die Initiative schade dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Was sagen Sie?

Die Selbstbestimmungsinitiative schafft Rechtssicherheit. Sie regelt klar, dass die Bundesverfassung die oberste Rechtsquelle der Eidgenossenschaft ist und Volksentscheide respektiert werden müssen. So bleibt unsere Rechtsordnung berechenbar und in der Gesellschaft und Wirtschaft verankert. Die Schweiz ist ein sehr beliebter Wirtschaftsstandort, weil wir dank der direkten Demokratie politisch sehr stabile und damit für Unternehmen verlässliche Rahmenbedingungen bieten können. Diesen Vorteil dürfen wir nicht verspielen. Deshalb braucht es die Initiative. Alle müssen sich darauf verlassen können, dass Bundesrat, Bundesgerichte und Parlament im Sinne unserer Verfassung und damit auch der Bevölkerung entscheiden. Dies war in der jüngsten Vergangenheit erschreckenderweise nicht immer der Fall.

Setzt die Initiative die Planungssicherheit von Schweizer Unternehmen aufs Spiel?

Genau das Gegenteil ist der Fall. Die aktuelle Rechtslage mit einer «dyna-

mischen Rechtsentwicklung» und Regulierungshektik wird für Unternehmen in der Schweiz immer mehr zu einer Black Box. Unternehmen suchen Verlässlichkeit. Rechtssicherheit hat daher als Standortfaktor einen zentralen Stellenwert. Wo die rechtliche Situation unberechenbar wird, leidet das Investitionsklima. Die direkte Demokratie schafft die dringend nötige Rechtssicherheit und Stabilität.

Was sagt Ihre Familie zu der von Ihnen vertretenen Politik?

In meiner Familie muss ich keine Überzeugungsarbeit leisten. Wir sind uns der Erfolgsgeschichte der Schweiz bewusst, welche darauf beruht, dass wir hier selbständig, frei und unabhängig bestimmen können. Gerade die jüngsten Beispiele zeigen, wie Entschiede aus Brüssel immer öfter zentralistische Züge annehmen und deshalb in der breiten Bevölkerung auf Unverständnis stossen. Aus der Schweiz, mit einer jahrhundertealten Tradition der Selbstbestimmung, ist die direkte Demokratie nicht wegzudenken.

An unserem bewährten demokratischen System festhalten

Die direkte Demokratie ist eine der Säulen unseres politischen Systems. Sie ist Ausdruck der Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger. Doch den Eliten in Politik und Recht ist die direkte Demokratie ein Dorn im Auge.

Alle drei Staatsgewalten sind in den letzten Jahren dazu übergegangen, internationales Recht über unser eigenes Recht zu stellen. Damit schränken sie die Mitbestimmung der Bürger ein. So stellt das Bundesgericht neuerdings auch das nicht zwingende Völkerrecht über das Schweizer Recht. Noch im Jahr 2010 war klar, dass Verfassungsbestimmungen, die nicht zwingendem Völkerrecht widersprechen, umgesetzt werden müssen. Die neue Ordnung bedeutet zum Beispiel, dass trotz Ausschaffungsinitiative ein verurteilter, rückfallgefährdeter, arbeitsloser deutscher Schläger nicht nach Deutschland ausgeschafft werden kann, weil er dank der Personenfreizügigkeit in der Schweiz leben darf.

Keine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative

Auch das Parlament beschränkt den Einfluss des Volkes mit dem Argument, dass die Verfassung gegenüber

internationalem Recht «sekundär» sei (Nationalrat Kurt Fluri, FDP). So hat es sich geweigert, den Entscheid des Stimmvolkes umzusetzen, dass wir die Zuwanderung wieder selber steuern wollen. Ziel des Parlaments war es, auf keinen Fall die EU zu verstimmen. Gebracht hats, wie wir jetzt wissen, nichts!

Internationalisierung ist Hauptgrund für Überregulierung

Schliesslich richtet sich auch die Verwaltung in erster Linie nach internationalem Recht aus. Unablässig passt sie ihre Vorschriften dem EU-Recht und den Empfehlungen und Länderberichten von internationalen Organisationen an. Die Internationalisierung des Rechts beschert uns neue detaillierte Vorschriften über Lebensmittel, immer neue Beschränkungen im Finanzbereich, menschenrechtlich motivierte Geschlechterquoten in



Nationalrat Hans-Ueli Vogt, Professor für Wirtschaftsrecht, Zürich: «Der Vorrang des internationalen Rechts bringt der Schweiz eine Entmündigung und Beherrschung der Bürgerinnen und Bürger. Damit muss Schluss sein.»

Verwaltungsräten und zahllose andere Beschränkungen unserer Freiheit.

Bewährte Selbstbestimmung

Die Selbstbestimmung der Bürger hat uns Wohlstand und Frieden gebracht.

Dagegen bringt uns der Vorrang des internationalen Rechts, diese neue Wunderwaffe zur Entmündigung und Beherrschung der Bürger: Immer mehr Gesetzesvorschriften, eine unkontrollierte Zuwanderung und Kriminelle,

die unter dem Titel der Personenfreizügigkeit in der Schweiz verweilen. Kehren wir zum bewährten System der demokratischen Mitbestimmung der Bürger zurück und sagen Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!

Was will die im August 2016 eingereichte Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»?

Die Selbstbestimmungsinitiative möchte die bewährte Ordnung wiederherstellen. Volk und Kantone (Stände) bestimmen, was in der Schweiz als höchstes Recht gilt. Sie sind der Souverän, die oberste rechtsetzende Gewalt im Land. Sie sind der Verfassungsgeber. Die Politiker verweigern dem Verfassungsrecht unter Berufung auf internationales Recht und sog.

völkerrechtliche Verträge den Vorrang. Die Selbstbestimmungsinitiative will die bewährte Ordnung, dass die Schweizer Verfassung vor internationalen Verträgen Vorrang hat wiederherstellen. Dies garantiert Rechtssicherheit und Stabilität und ist damit eine wichtige Rahmenbedingung für einen attraktiven und erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

Wir übernehmen Verantwortung ... im Bundeshaus

64 Nationalrätinnen und Nationalräte der SVP

Kanton Aargau



Thomas Burgherr
01.08.1962, eidg. dipl. Zimmermeister, Unternehmer, 3 Kinder, Williberg



Sylvia Flückiger-Bäni
01.06.1952, Unternehmerin, 2 Kinder, Schöffland



Ulrich Giezendanner
31.10.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Rothrist



Andreas Glarner
09.10.1962, Unternehmer, 2 Kinder, Oberwil-Lieli



Hansjörg Knecht
24.03.1960, Unternehmer, Leibstadt



Maximilian Reimann
07.05.1942, Dr. iur., Finanzjurist, 2 Kinder, Gifflenberg



Luzi Stamm
09.09.1952, Rechtsanwalt / Ökonom, 3 Kinder, Baden-Dättwil

Kanton Appenzell Ausserrhodens



David Zuberbühler
20.02.1979, Unternehmer, 2 Kinder, Herisau

Kanton Basel-Stadt



Sebastian Frehner
02.09.1973, Dr. iur., Jurist, Unternehmer, 1 Kind, Basel

Kanton Basel-Landschaft



Thomas de Courten
29.07.1966, Unternehmer, 3 Kinder, Rünenberg



Sandra Sollberger
27.10.1973, eidg. dipl. Malermeisterin, Unternehmerin, 2 Kinder, Bubendorf

Kanton Bern



Andreas Aepli
26.11.1958, eidg. dipl. Landwirt, Unternehmer, 3 Kinder, Alchenstorf



Adrian Amstutz
02.12.1953, Unternehmer, 3 Kinder, Sigriswil



Manfred Bühler
10.04.1979, Rechtsanwalt, Cortébert



Andrea Geissbühler
03.08.1976, Polizistin, Reitpädagogin, 3 Kinder, Bärswil



Erich Hess
25.03.1981, Unternehmer, Lastwagenführer, Bern

Kanton Bern



Nadja Pieren
14.02.1980, Führungsfachfrau eidg. FA, dipl. Kleinkindererzieherin, Betriebsleiterin, Burgdorf



Albert Röstli
07.08.1967, Dr.-Ing. agr. ETH, Unternehmer, 2 Kinder, Uetendorf



Werner Salzmann
05.11.1962, Dipl.-Ing. agr. FH, Chefexperte Landwirtschaft, 4 Kinder, Mülchi



Erich von Siebenthal
30.12.1958, Bergbauer, Betriebsleiter Bergbahn, 3 Kinder, Gstaad

Kanton Freiburg



Pierre-André Page
19.04.1960, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Châttonaye



Jean-François Rime
28.06.1950, Unternehmer, 3 Kinder, Bulle

Kanton Genf



Céline Amaudruz
15.03.1979, lic. iur., Vermögensverwalterin, Genf



Yves Nidegger
17.05.1957, Anwalt, 5 Kinder, Genf

Kanton Graubünden



Heinz Brand
06.09.1955, Berater, Jurist, 1 Kind, Klosters



Magdalena Martullo-Blocher
13.08.1969, lic. oec., Unternehmerin, 3 Kinder, Meilen

Kanton Luzern



Yvette Estermann
26.02.1967, Ärztin, 1 Kind, Kriens



Franz Gräter
29.07.1963, Unternehmer, 3 Kinder, Eich



Felix Müri
22.01.1958, Unternehmer, 4 Kinder, Emmenbrücke

Kanton Nidwalden



Peter Keller
22.04.1971, lic. phil. I, Autor/Journalist, Hergiswil

Kanton Schaffhausen



Thomas Hurter
01.11.1963, Linienpilot, 2 Kinder, Schaffhausen

Kanton St. Gallen



Toni Brunner
08.10.1974, Landwirt, Ebnat-Kappel



Roland Rino Büchel
24.08.1968, Sportmanager, Kleinunternehmer, 1 Kind, Oberriet



Barbara Keller-Inhelder
24.08.1968, Geschäftsführerin, 2 Kinder, Rapperswil-Jona



Thomas Müller
01.12.1952, lic. iur., Stadtpräsident, 3 Kinder, Rorschach



Lukas Reimann
18.09.1982, MLaw, Jurist, Wil

Kanton Solothurn



Christian Imark
29.01.1982, Polymechaniker, Area-Sales-Manager, Fehren



Walter Wobmann
21.11.1957, Technischer Kaufmann, Verkaufsleiter, 3 Kinder, Gretzenbach

Kanton Schwyz



Marcel Dettling
01.02.1981, Landwirt, 3 Kinder, Oberiberg



Pirmin Schwander
28.12.1961, Dr. oec. publ., Unternehmer, 2 Kinder, Lachen

Kanton Thurgau



Diana Gutjahr
13.01.1984, Unternehmerin, Betriebsökonomin, Romanshorn



Markus Hausammann
20.09.1964, Meisterlandwirt, 4 Kinder, Langrickenbach



Verena Herzog
07.02.1956, dipl. Kindergärtnerin, Geschäftsfrau, 3 Kinder, Frauenfeld

Kanton Tessin



Marco Chiesa
10.10.1974, lic. rer. pol., Leiter Alterszentrum, 2 Kinder, Lugano (Ruvigliana)

Kanton Uri



Beat Arnold
24.04.1978, akademischer Mentalcoach, 1 Kind, Schattdorf

Kanton Waadt



Michaël Buffat
27.09.1979, Bankleiter, Vuarrens



Alice Glauser-Zufferey
18.10.1954, Landwirtin, 4 Kinder, Champvent



Jean-Pierre Grin
16.03.1947, Meisterlandwirt, 3 Kinder, Pomy



Jacques Nicolet
24.10.1965, Landwirt, 4 Kinder, Lignerolle

Kanton Valais



Jean-Luc Addor
22.04.1964, Rechtsanwalt, 2 Kinder, Savièse



Franz Ruppen
24.02.1971, Advokat und Notar, Naters

für die Schweiz ...

Kanton Zug



Thomas Aeschi
13.01.1979, lic. oec. HSG, Harvard
MPA, Unternehmensberater, Baar

Kanton Zürich



Hans Egloff
27.11.1959, Rechtsanwalt, Aesch



Alfred Heer
12.10.1961, Kleinunternehmer,
Zürich



Roger Köppel
21.03.1965, Verleger und
Chefredaktor «Die Weltwoche»,
3 Kinder, Küsnacht



Thomas Matter
23.03.1966, Unternehmer,
4 Kinder, Zürich



Natalie Rickli
19.11.1976, Beraterin
Kommunikation, Winterthur



Gregor Rutz
12.10.1972, lic. iur., Unternehmer,
Zürich



Jörg Stahl
16.01.1968, eidg. dipl. Drogist,
Mitglied der Direktion, 1 Kind,
Brütten

Kanton Zürich



Barbara Steinemann
18.06.1976, lic. iur., Juristin, Watt



Mauro Tuena
25.01.1972, Computertechniker,
Zürich



Hans-Ueli Vogt
05.12.1969, Professor für
Privat- und Wirtschaftsrecht,
Zürich



Bruno Walliser
11.04.1966, eidg. dipl.
Kaminfegermeister, 2 Kinder,
Volketswil



Claudio Zanetti
16.06.1967, lic. iur., Jurist,
Kommunikationsberater, Gossau

5 Ständeräte

Kanton Glarus



Werner Hösli
30.08.1961, Leiter Alterszentrum,
1 Kind, Haseln

Kanton Schaffhausen



Hannes Germann
01.07.1956, Betriebsökonom,
2 Kinder, Opfertshofen

Kanton Schwyz



Peter Föhn
11.12.1952, Unternehmer,
4 Kinder, Muotathal



Alex Kuprecht
22.12.1957, Relation-Manager,
2 Kinder, Pfäffikon

Kanton Thurgau



Roland Eberle
07.12.1953, Unternehmer,
dipl. Ing. Agr. ETH, 3 Kinder,
Weinfelden

... im Bundesrat

2 Bundesräte



Guy Parmelin
09.11.1959, Vorsteher des
Eidgenössischen Departements für
Verteidigung, Bevölkerungsschutz
und Sport (VBS), Bursins (VD)



Ueli Maurer
01.12.1950, Vorsteher des
Eidgenössischen Finanz-
departements (EFD), 6 Kinder,
Wernetschhausen (ZH)

... in den Kantonsregierungen

23 Regierungsräte der SVP

Kanton Aargau



Alex Hürzeler
01.06.1965, Vorsteher
Departement Bildung, Kultur und
Sport, Landstatthalter, Oeschgen



Franziska Roth
01.05.1964, Vorsteherin des
Departements Gesundheit und
Soziales, 1 Kind, Brugg

Kanton Appenzell Ausserrhoden



Köbi Frei
06.03.1959, Vorsteher Finanz-
departement, 2 Kinder,
Heiden

Kanton Bern



Christoph Neuhaus
10.05.1966, Vorsteher Justiz-,
Gemeinde- und Kirchendirektion,
1 Kind, Belp



Pierre-Alain Schnegg
13.12.1962, Vorsteher der
Gesundheits- und Führsorgedirek-
tion, 4 Kinder, Champoz

Kanton Basel-Landschaft



Thomas Weber
23.11.1961, Vorsteher
Volkswirtschafts- und
Gesundheitsdirektion, 3 Kinder,
Buss

Kanton Glarus



Marianne Lienhard
17.07.1968, Vorsteherin
Departement Volkswirtschaft und
Inneres, Elm

Kanton Luzern



Paul Winkler
13.04.1956, Vorsteher Justiz-
und Sicherheitsdepartement,
2 Kinder, Kriens

Kanton Nidwalden



Ueli Amstad
19.02.1959, Vorsteher
Landwirtschafts- und
Umweltdirektion, 3 Kinder, Stans



Res Schmid
25.02.1958, Vorsteher
Bildungsdirektion, 2 Kinder, Stans

Kanton St. Gallen



Stefan Kölliker
09.09.1970, Vorsteher
Bildungsdepartement, 3 Kinder,
Bronschhofen

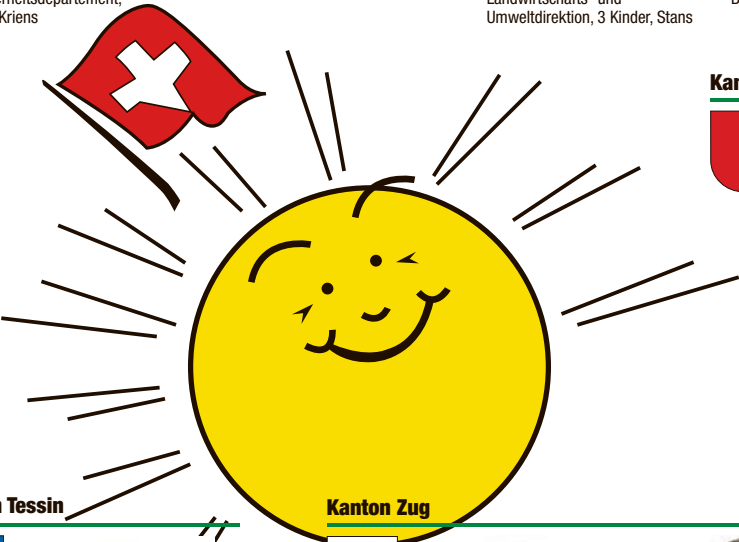
Kanton Schaffhausen



Ernst Landolt
26.07.1953, Vorsteher
Volkswirtschaftsdepartement,
3 Kinder, Rüdlingen



Cornelia Stamm Hurter (ab 1.4.2018)
08.11.1961, Vorsteherin
Finanzdepartement, 2 Kinder,
Schaffhausen



Kanton Thurgau



Monika Knill
12.03.1972, Vorsteherin
Departement für Erziehung und
Kultur, 2 Kinder, Alterswil



Jakob Stark
08.09.1958, Vorsteher
Departement für Finanzen und
Soziales, 2 Kinder, Buhwil

Kanton Tessin



Norman Gobbi
23.03.1977, Regierungspräsident
Justiz- und Sicherheitsdeparte-
ment, 2 Kinder, Quinto

Kanton Zug



Stephan Schleiss
26.12.1972, Vorsteher Direktion
für Bildung und Kultur,
Steinhausen



Heinz Tännler
10.05.1960, Vorsteher
Finanzdirektion, 3 Kinder, Zug

Kanton Zürich



Markus Kägi
25.02.1954, Vorsteher Baudirektion,
Präsident Regierungsrat, 2 Kinder,
Niederglatt



Ernst Stocker
20.04.1955, Vorsteher
Finanzdirektion,
2 Kinder, Wädenswil

Asylzentrum Deitingen: Vorauseilender Gehorsam gegenüber Bundesbern

Im vorauseilenden Gehorsam hat die Regierung des Kantons Solothurn gegenüber Bundesbern den Bau eines Bundesasylzentrums zugesichert. Doch die negativen Folgen sowie viele indirekte Kosten fehlen in der Rechnung der Regierung. Ein weiterer strategischer Fehlentscheid, welche unsere künftigen Generationen ausbaden müssen.



Rémy Wyssmann,
Kriegstetten,
Gemeinde- und Kantonsrat

Obwohl man nicht wusste, worauf man sich einliess, hat der Regierungsrat dem Bund zugesagt, dieses Zentrum zu bauen. Ob Steuern, Bauten, Strassenverkehr, Formulare oder Gerichtsverfahren: der Staat verlangt von uns Bürgern immer mehr an Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit. Da darf man doch auch von der Regierung die gleiche Sorgfalt in der Abklärung der Sachverhalte erwarten, wie er dies von uns erwartet.

Asylzentrum nicht nötig

Die SVP stellt sich ernsthaft die Frage nach der Notwendigkeit eines solchen

Zentrums im Kanton Solothurn. Die Asylzahlen sinken und es wird nie so viele Zentren brauchen, wie im Jahr 2015 angenommen. 18 Bundeszentren in der ganzen Schweiz: das ist völlig überflüssig. Es werden wieder einmal staatliche Strukturen auf Vorrat geschaffen, die wir gar nicht brauchen und die man später auch nicht mehr reduzieren kann.

Regierung hat schlecht verhandelt

Die Regierung lässt zwischen den Zeilen durchblicken, dass sie keine andere Wahl hatte, als dem Bund nachzugeben. Das stimmt schon deshalb nicht, weil z.B. Baselland in Allschwil jetzt anscheinend doch kein neues Zentrum bauen muss. Auch der Kanton Aargau hat im August 2017 verlauten lassen, dass er sehr sorgfältig prüfe und erst auf Ende Jahr entscheiden werde. Bis heute liegt kein solcher Entscheid vor. Es ist wie beim Mikado-Spiel. Wer sich zuerst bewegt, ist am Schluss der Verlierer. Einmal mehr hat Solothurn in Bern seine Interessen schlecht vertreten.

Massiv höhere Kosten

Eines ist jetzt schon klar: Der Vollzug der Ausweisungen wird dem Kanton Solothurn aufgebürdet und dieser Vollzug wird sich harzig gestalten. Es werden erfahrungsgemäss weit mehr als 10 % der abgewiesenen Asylbewerber nicht ausreisen wollen oder können. Die Zusatzkosten werden erheblich sein. Es ist unbestritten, dass im Migrationsamt und bei der Kantonspolizei ein erheblicher Mehraufwand nötig wird, durch Fallbearbeitung, Interventionen im Zentrum, Hausdurchsuchungen, beim Transport, bei den Papierbeschaffungen, bei Rückführungen, besonderen Begleitungen etc. Dies führt zu weiteren Straf- und Administrativverfahren. Und damit steigen auch die indirekten Kosten bei der Polizei, bei der Staatsanwaltschaft und bei den Gerichten. Ebenfalls werden die Kosten im Gesundheitswesen und damit die Krankenkassenprämien weiter ansteigen. Und letztlich enden neun von zehn Flüchtlingen in der Sozialhilfe und belasten so die Haushalte der Solothurner Gemeinden.

Mehr Bürokratie = höhere Sozialhilfekosten

Vielen Gemeinden wachsen die Sozialkosten über den Kopf. Eine Analyse zeigt, dass die exorbitanten Kostensteigerungen der letzten Jahre nicht den Bedürftigen zugutekommen, sondern in der Bürokratie versanden. Die Politik muss nun endlich handeln und die Anreize verändern.



Thomas Giger, Nuglar-St. Pantaleon,
Gemeinderat

Nuglar – St. Pantaleon ist eine solide finanzierte Gemeinde mit rund 1500 Einwohnern, einem Steuersatz von 125 % und einem Steueraufkommen von ca. 5 Millionen Franken. Die Teuerung betrug in den letzten 15 Jahren rund 4 % und die Bevölkerung wuchs um 8 %. Damit wäre ein Kostenanstieg im Sozialbereich von höchstens 20 % zu erwarten. Die Kosten verdoppelten sich im gleichen Zeitraum allerdings und betragen heute 700'000 CHF pro Jahr. Pikant: Die gesamthafte Sozialhilfequote und die Auszahlungen pro Sozialfall blieben in dieser Zeit nahezu konstant.

Mehr Geld für Bürokratie?

Seit einigen Jahren ist die Sozialregion Dorneck für die professionelle Betreuung unserer Sozialfälle verantwortlich. Hier zeigt die Analyse der Kosten, dass die zusätzlichen Lohnkosten einen Drittel des Kostenanstieges ausmachen. Ein weiteres Drittel der Kostensteige-

runge verursacht der Lastenausgleich Sozialhilfe. Da auch dieses Geld nicht den Empfängern zukommt, fliesst es fast zwangsläufig der Bürokratie zu.

Kosten senken, Effektivität steigern

Wenn jeder Entscheid einem Verdikt aus Strasbourg standhalten können muss, können die Fälle nicht mehr von Laien betreut werden. Damit gilt im Sozialbereich gleiches wie in anderen Verwaltungseinheiten: «Die Bürokratie wächst, um den steigenden Anforderungen der wachsenden Bürokratie gerecht zu werden.» Regierung und Gesetzgeber sind gefordert. Es muss Gegensteuer gegeben werden. Die Bürokratie und die Kosten müssen reduziert und die Gelder effektiver eingesetzt werden.



Sibylle Jeker, Erschwil,
Gemeinderätin

« Die Anreize im Sozialbereich sind so zu setzen, dass die Verwaltung ein Interesse hat, die hohen Kosten zu reduzieren. »

Sexismus-Hysterie: Bitte gesunden Menschenverstand nutzen!

Wenn die aktuelle Debatte rund um Sexismus weiterhin auf einem derart primitiven Niveau geführt wird, werden wir nie auf einen grünen Zweig kommen. Im Gegenteil, wir werden noch mehr verunsichern, uns lächerlich machen und das Missverständnis zwischen den Geschlechtern vergrössern. Und irgendwann wird die Debatte vorbei sein, ohne Mehrwert.



Christine Rütti, Balsthal,
Kantonsrätin

Die aktuelle Debatte rund um Sexismus und Belästigung bringt uns nicht weiter. Ein hysterischer und aufsehenerregender Aufschrei ist eine einseitig geäusserte, oft medienwirksam inszenierte Offensive. Der Anspruch auf Korrektheit und Ordnung geht dabei komplett verloren und reicht bis hin zur Pauschalverurteilung des anderen Geschlechts. Natürlich gibt es klare

Grenzen, welche nicht überschritten werden dürfen.

Missverständnisse zwischen Geschlechtern

Viele Grenzen zwischen Flirt und Belästigung sind aber fließend und oft schwer erkennbar. Beim Kennenlernen und in der Beziehung zwischen Mann und Frau gibt es viele Missverständnisse und permanent sind beide Seiten auf der Suche nach Indizien und Beweise um Wahrheiten zu finden. Beispielsweise sind Grenzen erreicht, wenn eine Seite verletzt wird oder nur schon, wenn der Prozess des Kennenlernens zu schnell fortschreitet, worauf bereits ein Gefühl der Fremdbestimmung und Belästigung entsteht.

Für die Klatschpresse

Manchmal sind diese Grenzen schneller erreicht, als einem lieb ist. Oder die Hinweise, die eine Belästigung anzeigen, werden in der Euphorie verkannt. Hier liegt das Narrativ verborgen. Den meisten Beiträgen der aktuellen Sexismus-Debatte fehlt die Differenzierung. Stattdessen wird einfach einseitig auf das männliche Geschlecht eingedroschen, was ebenso grundfalsch ist, wie die einseitige Belästigung eines Individuums. Was bleibt sind Verunsicherung und Verteilung. Wahrheiten zu finden, war wohl nie das Ziel dieser Debatte, sondern nur, die Zeilen der Klatschpresse zu füllen.

Schweizerzeit

Für Inserate in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter Kt. Solothurn
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch



SCHREINEREI 4658 Däniken Walter Gurtner

Der Schreiner
Ihr Macher
schreiner.ch

Telefon 062 291 13 82
Mobile 079 330 31 21
info@schreiner-gurtner.ch
www.schreiner-gurtner.ch

Reparatur- und Glasbruchservice usw.

Ausstellung,
Beratung und Verkauf



Walter Gurtner
Kantonsrat





Josef Munzinger – der Kämpfer für Selbstbestimmung

Josef Munzinger war ein ehrenwerter Kämpfer für die direkte Demokratie im Staate Solothurn. Doch heute erinnern sich viele Politiker nicht mehr an die Motive der radikalen Bewegung. Sie verfolgen lieber die eigene politische Agenda zur Selbstverwirklichung. Auf der Strecke bleiben das Volk und die direkte Demokratie.



Christian Imark, Fehren, Nationalrat, Präsident SVP Kanton Solothurn

«Die Souveränität des Volkes soll ohne Rückhalt ausgesprochen werden!» Dieses Zitat stammt vom Ur-Freisingen und späteren Bundesrat, Josef Munzinger, gesagt 1830 auf der Treppe des Restaurant Rössli, am berühmten «Balsthaler-Tag». Ein Akt von grosser Bedeutung, für das Solothurner Untertanen-Volk gegen die gnädigen Herren zu «Soledurn», der den Grundstein des Demokratisierungsprozesses legte.

Wirtschaftsfilz gegen das Volk

Auch heute kommt den politischen Eliten die Volkssouveränität immer wieder in die Quere. So war es ausgerechnet ein Stadtsolothurner, der an vorderster Front die vom Volk beschlossene eigenständige Steuerung der Zuwanderung in ein wirkungsloses Bürokratiemonster verwandelte. Anstatt den Volkswillen umzusetzen, verkeh-

ren die Philosophenherrscher unserer Zeit die Anliegen ins Gegenteil. Auch der Solothurner Wirtschafts-Filz versucht immer wieder im Schafspelz, die direkte Demokratie zu untergraben, und votiert für neue Verbote, Regulierungen und den Ausbau des öffentlichen Sektors. Einige wollen die Schweiz sogar in die EU führen.

SVP hat Unternehmertum verinnerlicht

Mit Teufelszunge versuchen derzeit Parteien, Verbände und Politiker die

Gunst der Wirtschaft für sich zu gewinnen. Man druckt Hochglanzprosperkte und inszeniert sich medienwirksam als Wirtschaftsexperten. Aber Vorsicht, den schönen Worte folgen die Taten nicht. Wer unseren Arbeitsplatz mit sozialistischen Ansätzen verteuert, wer Lohnpolizeien oder Frauen-Quoten in privaten Verwaltungsräten einführt, wer Grundbesitzer mit neuen Gesetzen enteignen will, betreibt keine Politik für Wirtschaft und Gewerbe. Die SVP Kanton Solothurn hingegen

muss ihre Wirtschaftspolitik nicht neu erfinden, denn die meisten unserer Volksvertreter haben das Unternehmertum verinnerlicht. Wir stehen ein für weniger Regulierungen und Verbote, für einen schlanken Staat mit tiefer Steuerbelastung und für eine intakte Verkehrsinfrastruktur. Und ja, wir stehen ein für die Selbstbestimmung unseres Landes.

Mehr SVP-Politik

Die SVP ist eine Partei, die sagt, was gesagt werden muss. Und wir tun es auch dann, wenn es für einzelne Personen oder Gruppen unbequem sein könnte. Weil unsere politischen Vorstösse und Meinungen von den Medien oft nur verzerrt oder überhaupt nicht wiedergegeben werden, suchen wir mit diesem kantonsspezifischen Extrablatt den direkten Draht in alle Haushaltungen des Kantons Solothurn. Wir stellen unsere Kantonalpolitiker vor, zeigen auf, welche Themen im Kanton derzeit wichtig sind und woran unsere SVP-Vertreter arbeiten.

Kontaktieren Sie Ihre SVP-Vertreter

Für weitere Ausgaben dieser Zeitung nehmen wir gerne Hinweise aus der Bevölkerung auf. Sorgen Sie selbst dafür, dass die SVP-Vertreter Ihrer Region aktiv bleiben und weiterhin für Freiheit und Eigenverantwortung ein-

stehen. Kontaktieren Sie Ihre SVP-Vertreter oder schreiben Sie mir eine direkte Nachricht mit Ihren Inputs: christian.imark@parl.ch

Nun wünsche ich Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, den nötigen politischen Einblick in die Geschehnisse des Kantons Solothurn, Erkenntnisse, Spass und weiterhin eine gute Zeit im neuen Jahr.



Richard Aschberger, Grenchen, Gemeinde- und Kantonsrat

« Unseren erfolgreichen kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch den vielen grossen Firmen mit Sitz in der Schweiz ist Sorge zu tragen. »



Nationalrat Christian Imark schämt sich nicht, auch unbequeme Themen anzusprechen.

Die Volksvertreter der SVP Kanton Solothurn...

Nationalräte



Christian Imark, Fehren
29.01.1982, Unternehmer
christian.imark@parl.ch



Walter Wobmann, Gretzenbach
21.11.1957, Technischer Kaufmann
walter.wobmann@parl.ch

Kantonsräte Solothurn-Lebern



Richard Aschberger, Grenchen
20.7.1984, Unternehmer
richard.aschberger@gmx.ch



Roberto Conti, Bettlach
08.08.1958, Lehrer
roberto.conti@bluewin.ch



Stephanie Ritschard, Riedholz
15.6.1973, Geschäftsführerin
steph.ritschard@gmail.com

Kantonsräte Schwarzbubenland



Jacqueline Ehrensam, Gempfen
21.12.1981, Unternehmerin
jacqueline.ehrensam-grosshandel.ch



Peter M. Linz, Büsserach
9.11.1944, Notar a.D.
pmlinz@ambonet.ch

Kantonsräte Bucheggberg-Wasseramt



Markus Dick, Biberist
12.12.1969, Unternehmer
m.dick12@yahoo.com



Hans Marti, Biberist
16.8.1953, Landwirt
marti.hofacker@gawnet.ch



Hugo Schumacher, Luterbach
19.06.1966, Unternehmer
hugo.schumacher@solnet.ch



Rémy Wyssmann, Oensingen
20.06.1967, lic. jur.
Rechtsanwalt und Notar
rw@sozietat.ch

Kantonsräte Thal-Gäu



Josef Fluri, Mümliswil
18.1.1970, Käsermeister
kaesekoenig@ggs.ch



Beat Künzli, Laupersdorf
25.10.1972, Meisterlandwirt/
Aussendienstmitarbeiter
b-kuenzli@gmx.ch



Christine Rütti, Balsthal
10.1.1960, Unternehmerin
christine.ruetti@hotmail.com

Kantonsräte Olten-Gösgen



Matthias Borner, Olten
15.05.1982, Ökonom (MSc)/
Finanzanalyst
info@matthias-borner.ch



Johannes Brons, Schönenwerd
14.9.1959, Unternehmer
brons@vinsale.ch



Tobias Fischer, Hägendorf
07.10.1980, Unternehmer
tobias.fischer@elti.ch



Walter Gurtner, Däniken
27.2.1952, Schreinermeister
info@schreiner-gurtner.ch



Rolf Sommer, Olten
4.2.1953, Dipl. Vermessungs-
ingenieur HTL/STV
rolf.sommer.oltten@hispeed.ch



Christian Werner, Olten
20.12.1984, Rechtsanwalt und Notar
info@werner-christian.ch

Ausserdem vertreten uns 84 Gemeinderäte, 3 Gemeindepräsidenten und 191 Kommissionsmitglieder in den Gemeinden des Kantons Solothurn.

Parteienfilz bei Ämter-Besetzung

Mit der Beantwortung einer SVP-Interpellation wird klar, wo der Solothurner Polit-Filz beginnt, nämlich beim Regierungsrat des Kantons Solothurn. Nicht ohne Grund lautet ein Sprichwort: «Der Fisch beginnt immer am Kopf zu stinken.» So ist es auch bei der Ämterverteilung im Kanton. Gewählt wird, wer das richtige Parteibuch besitzt. Die Ausreden der Regierung sind bisweilen unverschämt.



Walter Gurtner,
Däniken, Gemeinde-
und Kantonsrat

Vor einigen Wochen gab die Praxis der Solothurner Regierung zu reden, wie unprofessionell und kleinkariert die Besetzung von kantonalen Ämtern vorgenommen wird. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe zur Steuervorlage 17 sollten die politische Akzeptanz der Vorlage beurteilen. Gezielt übergangen wurden Vertreter der SVP. Anlässlich einer kürzlich veröffentlichten Antwort der Regierung auf eine SVP-Interpellation wird nun klar, wie systematisch die SVP bei der Besetzung von kantonalen Ämtern übergangen wird. Die Ausreden

der Regierung reichen von lapidar bis unverschämt: Man kommt zum Schluss, dass die Parteizugehörigkeit keine Rolle spielt und es darum auch keinen Handlungsbedarf gebe.

«Fachpersonen» als Ausrede

Tatsächlich werden die kantonalen Ämter sehr oft sehr wohl mit Parteimitgliedern bestückt, dies verschweigt der Regierungsrat rundweg. Die SVP hat die Parteizugehörigkeiten analysiert und festgestellt, dass von total 574 Delegierten, läppische 7 Sitze von SVP-Vertretern besetzt sind. Ein krasses Missverhältnis gemessen am Wähleranteil der SVP von rund 30% bei Nationalrats- und 20% bei Kantonsratswahlen. Pikant: Oft werden altegediente oder sogar vom Volk abgewählte Politiker in Ämter eingeschleust. Diese Personen sind für die Regierung «Fachpersonen», obwohl sie oft überhaupt keine fachspezifischen Ausbildungen oder Erfahrungen aufweisen.

Die meisten kommen einzig und allein über das Parteibuch zum Handkuss.

Kosten senken, Effektivität steigern

Auffällig ist auch, dass sich einzelne Personen als regelrechte «Ämtlifreser» erweisen. Nur SVP-Parteimitglieder sucht man in den offiziellen Gremien des Kantons praktisch vergebens. Selbst wo «Verständnis für wirtschaftliche und politische Zusammenhänge» gefordert sind, bleibt die SVP komplett aussen vor, obwohl unsere Kantonsvertreter echte Unternehmer sind. Ein regelrechter Affront gegenüber unserer Partei ist die Begründung, warum sich in der Verwaltungskommission der Gebäudeversicherung keine SVP-ler finden: Man brauche «Kantonsvertreter mit Anforderungsprofil», sagt die Regierung oder mit anderen Worten, SVP-Vertreter sind sowieso alle Idioten.

Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene reduzieren

Im Kanton Solothurn laufen die Kosten der Sozialhilfe – insbesondere im Asylbereich – zunehmend aus dem Ruder. Einer der Gründe ist, dass auch vorläufig Aufgenommene Sozialhilfeleistungen nach SKOS-Ansätzen erhalten, obwohl sie unser Land eigentlich verlassen müssten. Die SVP fordert diesbezüglich eine deutliche Reduktion, um einerseits falsche Anreize zu korrigieren und andererseits Kanton und Gemeinden zu entlasten.



Christian Werner, Olten,
Gemeinde- und Kantonsrat,
Fraktionspräsident

Die Kosten der Sozialhilfe im Asylbereich belasten zunehmend unseren Kanton und seine Gemeinden. Die Zahlen, welche das Bundesamt für Statistik vor wenigen Wochen publizierte, müssen zu denken geben: Die Sozialhilfequote im Asylbereich stieg im Kanton Solothurn alleine in einem Jahr (von 2015 auf 2016) um 11.1%. Nur wenige, links regierte Kantone haben eine noch höhere Sozialhilfequote. So kann und darf es nach Ansicht der SVP nicht weitergehen!

Rückkehr im Vordergrund

Heute erhalten im Kanton Solothurn nicht nur anerkannte Flüchtlinge Sozialhilfeleistungen nach SKOS-Ansätzen,

sondern auch vorläufig Aufgenommene und asylsuchende Personen ohne Aufenthaltsbewilligung. Vorläufig Aufgenommene sind keine Flüchtlinge, sondern Personen, die einen negativen Asylentscheid erhielten und aus der Schweiz wegweisen wurden, vorübergehend aber nicht ausgeschafft werden. Bei ihnen sollte nicht der Aufenthalt in der Schweiz, sondern die baldige Rückkehr ins Heimatland im Vordergrund stehen.

Reduktion der Sozialhilfe gefordert

Personen mit Sozialhilfeleistungen nach SKOS-Ansätzen zu unterstützen, obwohl sie die Schweiz verlassen müssten, setzt völlig falsche Anreize. Deshalb hat die SVP vor drei Wochen durch meine Wenigkeit im Kantonsrat einen Vorstoss eingereicht, der eine deutliche Reduktion der Sozialhilfeleistungen an vorläufig Aufgenommene fordert. Damit könnte selbstredend auch die öffentliche Hand entlastet werden.

Die angenehme Art einen Beitrag für die Werte der Schweiz zu leisten

Der Passwang-Club stellt sich vor



Hugo Schumacher,
Luterbach,
Kantonsrat,
Präsident
Passwang-Club

Der Passwang-Club ist eine Mischung aus Gönnervereinigung und Business-Club für innovative Unternehmer, Entscheidungsträger aus der Wirtschaft, bürgerliche Politiker und verantwortungsbewusste Bürger, denen die Zukunft des Kantons Solothurn und der Schweiz am Herzen liegt.

Für die Werte der Schweiz

Immer mehr politische Parteien sind orientierungslos und heimatmüde. Sie verlassen die Ordnungspolitik, miss-

achten wichtigste Grundsätze und unterwerfen sich sozialistischen Strömungen. Der Passwang-Club setzt diesen Tendenzen ein klares Konzept für die Zukunft unserer Heimat entgegen. Er fördert die ideelle Identifikation mit einer Politik des Mittelstandes. Dazu gehört eine bessere Ordnungspolitik mit weniger Steuern, Abgaben und Gebühren sowie weniger Einfluss des Staates. Der Ausbreitung der staatlichen Bürokratie ist der Riegel zu schieben, die demokratische Selbstbestimmung und das Eigentum sind zu stärken.

Interessante Anlässe in angenehmer Atmosphäre

Mehrmals pro Jahr werden die Mitglieder des Passwang-Clubs zu Lunchanlässen und Abendveranstaltungen eingeladen. Dabei werden interessante Informationen zu aktuellen Themen

von kompetenten Referenten dargeboten. Aber auch die Kultur und die Gastronomie spielen bei diesen Veranstaltungen eine wichtige Rolle. Die zahlreichen Kantons- und Nationalräte in den Reihen des Passwang-Clubs ermöglichen zudem ein spannendes Networking. Zahlreiche Unternehmer-Persönlichkeiten bieten Gelegenheit zu interessanten und chancenreichen Begegnungen im Rahmen unserer Anlässe.

Jetzt Mitglied werden

Werden auch sie Mitglied des Passwang-Clubs und stärken sie so auf angenehme Weise die Werte unseres Landes. Weitere Informationen und Berichte über unsere Anlässe finden Sie auf der Webseite.

www.passwang-club.ch
info@passwang-club.ch



Kantonsrat Hugo Schumacher und Altbundesrat Dr. Christoph Blocher an einer Mitgliederversammlung des Passwang-Club.

Islamismus: Naive Solothurner Regierung

Während die Regierung anlässlich einer SVP-Interpellation ihre Ahnungslosigkeit preisgibt, ziehen im Kanton Solothurn mutmasslich extremistische Gruppierungen munter ihre Kreise. Besonders bedenklich sind zwei in Olten domizilierte Moscheen, eine arabische und eine türkische «Milli-Görüs-Moschee».



Beat Künzli, Laupersdorf,
Gemeinde- und Kantonsrat

Die Solothurner Regierung behauptet, es gebe keine Hinweise, wonach in unserem Kanton Hassprediger oder extremistische Kreise existierten. Der SVP liegen allerdings konkrete Informationen vor, wonach sich in Olten eine türkische «Milli-Görüs-Moschee» befin-

det. In vielen Staaten ist Milli-Görüs wegen islamistischer Tendenzen umstritten. Die von der Milli-Görüs-Bewegung propagierte «Gerechte Ordnung» soll ein umfassendes soziales, ökonomisches und politisches Regulationssystem beinhalten, das auf islamischer Grundlage beruht. Der deutsche Verfassungsschutz kommt zum Schluss, dass Milli-Görüs antisemitische Tendenzen aufweise, ein antidemokratisches Staatsverständnis zeige sowie westliche Demokratien ablehne.

Verbindungen zur Muslimbruderschaft

Im gleichen Gebäude in Olten sollen äusserst extreme Moscheegänger einer arabischen Moschee verkehren. Angeblich nennt sich diese Gruppierung

«Soziokultureller Verein Olten» und ist ziemlich unbekannt. Offenbar ist dieser Moschee eine IQRA-Bibliothek für Kinder und Jugendliche angeschlossen. IQRA bedeutet auf Arabisch Lies! Dort sollen Zeitschriften und Bücher des Islamischen Zentrums in München (IZM) aufliegen, von Saudi Arabien finanziert. Aufgrund der Verbindungen zur Muslimbruderschaft steht auch IZM im Fokus des deutschen Verfassungsschutzes. Ein Buch mit dem Titel «The beauty of my hijab», versucht Mädchen und jungen Frauen die züchtige Kleidung schmackhaft zu machen. Besonders bedenklich ist deren Spendensammlung zugunsten von «Helfen in Not». Die deutsche Justiz verdächtigt «Helfen in Not», gebrauchte Krankwagen zu Terrororganisationen in Sy-

rien gebracht zu haben. Auch Schweizer Jihadisten sind mit «Helfen in Not» nach Syrien gereist.

Regierung schaut weg

Die Solothurner Regierung möchte solche mutmasslich extremistische Gruppierungen lieber staatlich aner-

kennen, anstatt genau hinzuschauen und Hinweise ernst zu nehmen. Auch beim Thema Islamismus gilt, wer die Probleme nicht sehen will, tut nichts oder das Falsche. Die SVP des Kantons Solothurn wird weiter dranhängen und die Regierung zum Hinschauen und Handeln zwingen.



Blick auf die Altstadt von Olten.

Radikaler Islam in der Schweiz: Was ist zu tun?



Walter Wobmann,
Gretzenbach,
Nationalrat

In vielen Regionen Europas ist der radikale Islam massiv auf dem Vormarsch. Vor allem in Grossstädten Schwedens, Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Grossbritanniens wird die Lage zunehmend dramatisch. In Teilen solcher Städte herrscht heute schon der radikale Islam mit seinem hässlichsten Gesicht. Gewaltübergriffe und Vertreibung von Andersgläubigen, wie Juden und Christen, Nichtakzeptierung der polizeilichen Autorität, Einsetzung von Scharia Recht usw. sind an der Tagesordnung.

Anderes Gesellschaftssystem

Das volle Programm wird an diesen Orten also heute schon durchgezogen. Die jeweiligen Behörden werden zunehmend ausgeschaltet und können kaum mehr reagieren. Leider trifft dies mehr und mehr auch auf die Schweiz zu, denn auch bei uns breitet sich der radikale Islam aus. Ein Islam, welcher ein ganz anderes Gesellschaftssystem verkörpert, welches unserer freiheitlichen und demokratischen Werteordnung diametral gegenübersteht. Mit einer Religion im eigentlichen Sinn hat

dies nicht mehr viel zu tun. Somit kann auch unsere viel gelobte und zitierte Religionsfreiheit hier nicht herbeigezogen werden.

Symbole des radikalen Islam

Verheerend ist die Grundaussage im Koran: «Alle Andersgläubigen sind Ungläubige, welche konvertieren müssen oder umgebracht werden sollen». Ich und meine Partei wehren uns schon lange gegen diese Fehlentwicklungen. So wurde die Minarettverbotsinitiative 2009 vom Schweizer Volk deutlich angenommen - und sie wird auch umgesetzt. Die Verhüllungsverbotsinitiative wurde kürzlich mit 105'500 Unter-

schriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Das Volk wird darüber abstimmen können. Beides, das Minarett sowie die Gesichtsverhüllung, sind typische Symbole des radikalen Islam.

Forderungskatalog verabschiedet

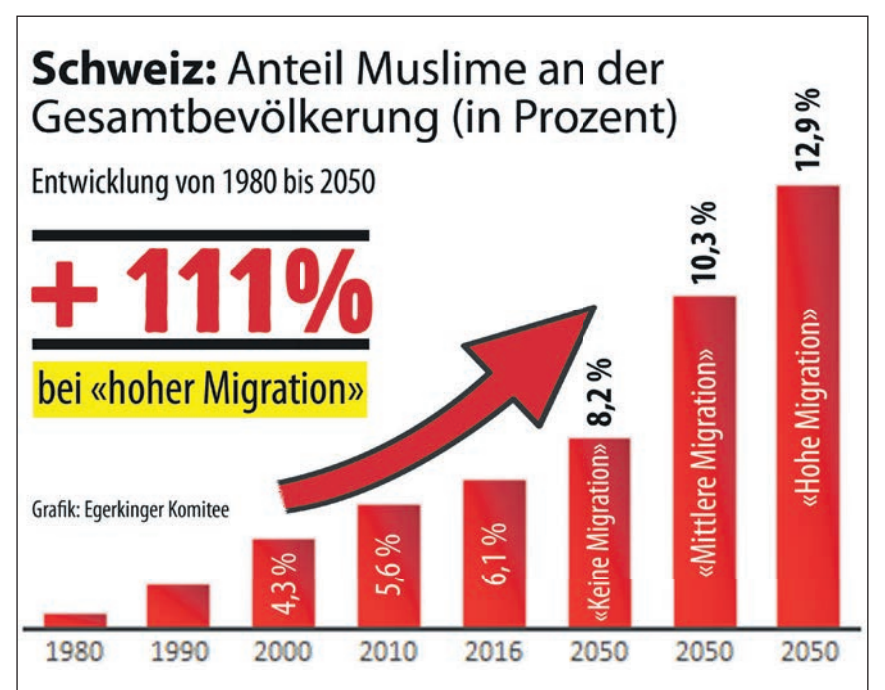
Die SVP hat an der Delegiertenversammlung vom 28. Oktober 2017 in Frauenfeld einen Forderungskatalog mit 20 Punkten auf allen Stufen (Bund, Kantone und Gemeinden) verabschiedet, mit dem Ziel, den radikalen Islam in der Schweiz zu bekämpfen. Ich bitte alle Leserinnen und Leser dieser Zeilen, in den Ge-

meinden und Kantonen, zusammen mit den politischen Vertretern, Folgendes zu unternehmen:

1. Lassen Sie in Ihren Gemeinden überprüfen, wer im Umkreis von radikalen islamischen Vereinigungen, Trägerkreisen von Moscheen und Imamen, von der Sozialhilfe lebt und sich nicht integrieren lässt.
2. Bringen Sie in Erfahrung, welchen ausländerrechtlichen Status diese Personen heute haben, und wie sie dazu gekommen sind (Weg über Asylantrag, vorläufige Aufnahme, Niederlassung).
3. Fragen Sie, warum Personen, jahrelang auf Kosten des Staates leben und keine Versuche unternehmen, sich wirtschaftlich und kulturell zu integrieren und warum die Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung nicht entzogen wird.
4. Stellen Sie Antrag auf erneute Überprüfung aller Personendossiers, die in den letzten 10 Jahren zum Entzug von ausländerrechtlichen Bewilligungen von den Gemeinden an die kantonalen Behörden gestellt wurden und von diesen abgelehnt wurden.



Nationalrat Walter Wobmann setzt sich gegen die Symbole des radikalen Islams ein.



Die SVP im Bundesrat



Guy Parmelin

Geboren am 9. November 1959

Verheiratet

Bürger von Bursins (VD)

Bundesrat seit 2015

Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Guy Parmelin wurde im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen 2015 als zweiter SVP-Bundesrat gewählt. Als dienstjüngster Bundesrat erbte er von Ueli Maurer das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS).

Schon in seinem ersten Jahr als Bundesrat gewann Guy Parmelin die Volksabstimmung über das neue Nachrichtendienstgesetz, mit dem der erhöhten Terrorbedrohung Rechnung getragen wird. Daneben nahm er den Aufbau der bodengestützten Luftabwehr an die Hand und spurte den Ersatz der F/A-18-Kampfflugzeuge vor. Auch auf die neue Form der Cyber-Bedrohungen will Guy Parmelin das VBS ausrichten. Erste Pflöcke dazu hat er bereits eingeschlagen. Mit Guy Parmelin erhält das Bundesratsgremium zudem eine zusätzliche kritische Stimme zur eingeschlagenen Asyl-, Migrations- und Europapolitik.

Bis zu seiner Wahl in den Bundesrat führte Guy Parmelin zusammen mit seinem Bruder den väterlichen Hof im waadtländischen Bursins. Er ist gelernter Landwirt und Winzer und dafür bekannt, dass er seinen Gästen gerne Waadtländer Saucisson zusammen mit einem guten Wein aufischt. Er verliert auch in ernsten Zeiten nie seinen Humor.



Bundesrat Guy Parmelin verliert auch als Verteidigungsminister nie den persönlichen Kontakt zu seiner Truppe.



Der Sportminister mit der Schweizer Unihockey-Nati nach deren erstmaligem Sieg gegen Schweden in Kirchberg.

Ueli Maurer wurde am 10. Dezember 2008 in den Bundesrat gewählt und war bis Ende 2015 Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS). Ihm ist es zu verdanken, dass der ewige Abbau bei der Armee endlich gestoppt wurde und in den nächsten Jahren mehr finanzielle Mittel für die wichtige Landesverteidigung zur Verfügung gestellt werden. Damit setzte Ueli Maurer mit seiner letzten Amtshandlung als Vorsteher des VBS ein starkes Zeichen für eine wehrfähige Schweiz.

Am 1. Januar 2016 übernahm Ueli Maurer das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD). Kaum hatte Maurer das Zepter übernommen, führte er im EFD seinen Kampf für eine starke und unabhängige Schweiz fort. Nachhaltig verteidigt er den Banken- und Finanzplatz Schweiz gegenüber dem Ausland und stärkt damit die Schweizer Wettbewerbsfähigkeit. Davon profitieren wir alle im Land.

Nach einer kaufmännischen Ausbildung leitete er eine landwirtschaftliche Genossenschaft und war dann bis zur Wahl als Bundesrat Geschäftsführer des Zürcher Bauernverbands. Abseits des beruflichen Umfelds ist Ueli Maurer dafür bekannt, dass er immer noch regelmässig mit dem Fahrrad zur Arbeit fährt, jedoch Süssem nicht abgeneigt ist. Einem Dessert kann Ueli Maurer nur in den seltensten Fällen widerstehen.



Ueli Maurer

Geboren am 1. Dezember 1950

Verheiratet, 6 Kinder (Jahrgänge: 1978 - 1997)

Bürger von Adelboden (BE) und Hinwil (ZH)

Bundesrat seit 2009

Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD)



Als kompetenter Finanzminister ist Bundesrat Ueli Maurer vielerorts ein gefragter Redner.



Ueli Maurer ist auch als Regierungsmitglied die Verbundenheit zu seiner Heimat und zu Schweizer Werten ein wichtiges Anliegen.

Ich setze mich auch für eine freie, unabhängige und selbstbestimmte Schweiz ein.

- ☐ Ich möchte Mitglied der SVP in meinem Wohnort bzw. meinem Bezirk/meiner Region werden. Die Parteimitgliedschaft ist zu vergleichen mit einer Mitgliedschaft in einem Verein.
- ☐ Bitte schicken Sie mir das Parteiprogramm der SVP Schweiz zu.
- ☐ Ich wäre gerne informiert über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Artikel der SVP Schweiz. Bitte senden Sie mir ab sofort Ihren Newsletter an nebenstehende E-Mail-Adresse.
- ☐ Ich unterstütze die SVP und spende _____ Franken auf das **PC 30-8828-5** oder **IBAN CH83 0023 5235 8557 0001 Y.**
- ☐ Bitte senden Sie mir einen **Einzahlungsschein** der SVP Schweiz.
- ☐ Ich unterstütze die Begrenzungs-Initiative für eine massvolle Zuwanderung. Bitte schicken Sie mir _____ Unterschriftenbogen zu.

Ausschneiden und in einem Couvert senden an:
SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern, E-Mail: info@svp.ch, Telefon: 031 300 58 58, Fax: 031 300 58 59

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Datum/Unterschrift

